



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Preissteigerung

Miete, Pflege, Gastronomie, Bus und Bahn –
Finanzielle Belastungen sind Thema im Landtag

Neues Geld
2002 kommen die
Euro-Münzen

Neues Jahr
Der Kalender
für 2024

Neue Formen
Plenarsäle
im Vergleich

03 Meldungen

Lebenshaltungskosten

06 Mieten, Pflegekosten

07 Mehrwertsteuer in der Gastronomie, Klassenfahrten

08 Deutschlandticket, Personal-ausweise für Obdachlose

09 Mehrwertsteuer auf Energie, digitaler Euro

10 **Rückblick 2002:** Der Euro wird für viele zum „Teuro“



Die Einführung des Euro-Bargeldes wird bejubelt – aber es gibt auch Beschwerden über versteckte Preiserhöhungen.

12 **Einfache Sprache:** Eine neue Broschüre bietet Informationen über den Land-Tag

13 **Ausschüsse:** Mehr Geld, für Frauenhäuser, Schwimmbäder und Tierheime, Landtag auf der NORLA, Anhörung zur CCS-Technik, Fachgespräch zu China-Beziehungen

16 **Der Kalender für 2024**
Die Termine des Landtages im Überblick



Auch das ist geplant: ein virtueller Rundgang durchs Landeshaus

18 **Plenum:** Landesgelder für Northvolt-Ansiedlung, sichere Herkunftsstaaten, Drug-Checking, Nationalpark Ostsee, Unterstützung für Israel, G9-Rückkehr

22 **Die Seite für das Ehrenamt**

23 Nachgehakt: HSH Nordbank abgewickelt, Muniti-onsentsorgung soll starten, Integrationsbeirat

24 **Personalien**

25 **Altenparlament:** Altersdiskriminierung im Fokus

26 **Politische Bildung:** Prof. Christoph Schönberger im Interview



Der Kölner Staatsrechtler untersucht die Sitzordnung in deutschen und internationalen Plenarsälen.

28 **175 Jahre Staatsgrundgesetz:** ein Meilenstein für Schleswig-Holsteins Demokratie

29 **Bücher:** Digitale Gefahren für Kinder, der 17. Juni 1953, die Reichspogromnacht in Schleswig-Holstein, Impressum

30 **Im Porträt:** Bernd Buchholz (FDP), Sybilla Nitsch (SSW)

31 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES
4,5%

So hoch war im September 2023 die Inflationsrate in Deutschland – im Oktober 2022 waren es 8,8 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mehr zu den Lebenshaltungskosten ab Seite 6, mehr zur Entwicklung der Inflation seit Einführung des Euro auf den Seiten 10 und 11



Der Schnappschuss

Tango im Parlament: Während der Museumsnacht Ende August spielte der Lübecker Bar-Musiker Wolf Kauder auf seinem Akkordeon, die Tanzbegeisterten Maria Certa und Klaus Glöckner aus Kiel luden die rund 1.150 Gäste zum Mitmachen ein.

Mehr zur Museumsnacht auf den Seiten 26, 27 und 31



Als Zeichen der Unterstützung des von Terroristen angegriffenen Israel und des Mitgeföhls mit den Opfern wehte Mitte Oktober mehrere Tage lang die israelische Flagge über dem Landeshaus. Auch auf den Dienstgebäuden aller obersten Landesbehörden war die Flagge gehisst.

Landtag erklärt Solidarität mit Israel

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag zu Beginn seiner Oktober-Tagung der Opfer des terroristischen Angriffs auf Israel gedacht. Bei den Überfällen der Terrororganisationen Hamas und Hisbollah waren tausende Menschen getötet, verletzt und verschleppt worden.

„Das Existenzrecht Israels und das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger, in Frieden und Freiheit zu leben, sind für uns nicht verhandelbar“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst: „Gerade jetzt, in diesen schweren Tagen und

Wochen, stehen wir fest, entschlossen und in tiefer Freundschaft an der Seite Israels und des ganzen israelischen Volkes.“ Mit Blick auf Demonstranten, die in Deutschland Unterstützung für den Terrorangriff gezeigt hatten, betonte die Präsidentin: „Wir werden in unserem Land weder Hass noch Gewalt, weder antisemitische Hetze noch die menschenverachtende Fürsprache für das mörderische Treiben von Hamas und Hisbollah dulden.“

Mehr: Seite 21

Doris Kratz-Hinrichsen wird neue Flüchtlingsbeauftragte

Neue Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen wird die Diplom-Sozialpädagogin Doris Kratz-Hinrichsen. Der Landtag wählte die 52-Jährige (auf dem Foto re.) Mitte Oktober einstimmig zur Nachfolgerin von Stefan Schmidt (82, li.), dessen Amtsperiode Ende Oktober ausläuft. Der ehemalige „Cap Anamur“-Kapitän hatte den Posten seit 2011 ausgeübt. Kratz-Hinrichsen hatte keine Gegenkandidaten. Sie ist seit den 90er-Jahren in Schleswig-Holstein in der Migrationsberatung tätig, seit 2005 im Landesverband der Diakonie, zuletzt als Teamleiterin. Die Koalitionsfraktionen CDU und Grüne hatten sie für die neue Aufgabe



vorgeschlagen. Zuvor hatte der Landtag den Weg dafür geebnet, dass das bisherige Ehrenamt in eine Vollzeitstelle umgewandelt wird. Die Beauftragte ist mit ihren vier Mitarbeitern bei der Landtagsverwaltung angesiedelt.

Mehr Personalien: Seite 24

Wortwörtlich

„In einer Koalition kommen die Partner von unterschiedlichen Positionen. Das ist Teil einer Koalition – und dazu gehört auch, dass mal einer von uns über seinen Schatten springen muss.“
(**Ministerpräsident Daniel Günther, CDU, in einem Zeitungsinterview**)

„Es macht uns als Koalition aus, dass wir uns auf eine gemeinsame Linie verständigen, obwohl wir inhaltlich unterschiedliche Ansichten haben. Und es ist auch völlig normal in der Politik, dass man manchmal Entscheidungen von anderen mittragen muss, die nicht den eigenen entsprechen.“
(**Sozialministerin Aminata Touré, Grüne, in einem Zeitungsinterview**)

„Sie haben sich echt in Ihrer Welt verstrickt. Es tut mir leid, dass Sie so große Beziehungsprobleme haben. Lassen Sie diese Beziehungsprobleme nicht an diesem Land und an den Leuten aus, die sich wirklich um die Ostsee kümmern.“
(**Oppositionsführer Thomas Losse-Müller, SPD, im Landtag**)

„Auch in der öffentlichen Debatte habe ich den Eindruck, es geht die ganze Zeit nur darum, wer verliert und wer gewinnt. Verliert die CDU? Verlieren die Grünen? Ich glaube, das Entscheidende für diese Koalition ist: Es ist egal, ob die CDU und ob die Grünen verlieren, am Ende des Tages muss die Ostsee gewinnen.“
(**Lasse Petersdotter, Grüne, im Landtag**)

„Man kann dieses ehemalige Wunschbündnis Schwarz-Grün inzwischen ja nur noch als toxische Beziehung bezeichnen.“
(**Christopher Vogt, FDP, im Landtag**)

„Es hat nicht lange gedauert, bis den Fliehkräften in der Koalition freier Lauf gelassen wurde. Nicht lange nach Beginn der Konsultationen sprechen sich CDU-Abgeordnete gegen den Nationalpark aus, Grünen-Abgeordnete formulieren, dass der Nationalpark auf jeden Fall kommen muss.“
(**Christian Dirschauer, SSW, im Landtag**)

Der Zustand des Regierungsbündnisses aus CDU und Grünen war im September Gegenstand zahlreicher Wortbeiträge im Landtagsplenum wie auch in den Medien. Zuvor hatte es Spannungen im Bündnis zur Frage der sicheren Herkunftsstaaten und zum Nationalpark Ostsee gegeben.

Mehr: Seiten 19 und 20

Ostseekonferenzen in Berlin und Hamburg

Der Schutz kritischer Infrastruktur vor Sabotageakten stand Ende August im Zentrum der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Berlin. Rund 150 Parlamentarier aus den Regional- und Nationalparlamenten der Anrainerstaaten kamen für drei Tage mit Regierungsvertretern und Experten zusammen.



Die schleswig-holsteinische Delegation bei der Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin: Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben (Grüne), Rasmus Vöge (CDU), Marc Timmer (SPD, v. li.)

In ihrer Resolution verurteilen die Ostseeparlamentarier die Angriffe Russlands auf kritische Infrastrukturen und die Inkaufnahme ziviler Opfer. „Wir müssen leider feststellen, dass sich mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auch die Gefährdungslage im Ostseeraum massiv verändert hat“, stellte die Leiterin der schleswig-holsteinischen Delegation, Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben, fest. Auf Antrag Schleswig-Holsteins wurde die Forderung in die Resolution aufgenommen, die vollständige Integrität der Ukraine inklusive der Krim-Halbinsel wiederherzustellen.

Das 19. Parlamentsforum Südliche Ostsee befasste sich Mitte September in Hamburg mit den Themen Migration und Integration. Die Parlamentarier aus Deutschland, Polen und Schweden fordern, dass die Arbeiten an einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik beschleunigt und die Kommunen mit den Herausforderungen der aktuellen Fluchtbewegungen nicht allein gelassen werden. Landtagspräsidentin Kristina Herbst, die für Schleswig-Holstein die Resolution unterzeichnete, betonte: „Die Frage, wie wir gerade vor dem Hintergrund andauernd hoher Flüchtlingszahlen den sozialen Zusammenhang stärken können, beschäftigt uns alle.“ Im kommenden Jahr wird der Schleswig-Holsteinische Landtag die Konferenz ausrichten.

Landtag lud Bedürftige ein

Zu einem Grillfest im Lübecker Sophie-Kunert-Haus hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst Anfang September obdachlose, wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen eingeladen. Es war die vierte Veranstaltung dieser Art. Kooperationspartner war diesmal die Diakonie Nord Nord Ost. Etwa 80 Menschen folgten der Einladung und genossen das von der Lübecker Gastronomin Johanna Berger zubereitete Menü. Auch die „Barber Angels“ waren wieder mit dabei und boten den Gästen kostenlose Haarschnitte an. „Es ist dem Landtag ein Anliegen, bedürftige Menschen im Blick zu haben, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und ein paar schöne Stunden miteinander zu verbringen“, erläuterte Landtagspräsidentin Herbst.



Landtagspräsidentin Kristina Herbst (Mitte) im Kreis der „Barber Angels“. Mit dabei: die Abgeordneten Andrea Tschacher (CDU, stehend li.), Anette Röttger (CDU, stehend 2. v. li.), Anna Langsch (Grüne, stehend 4. v. li.) und Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering (stehend 6. v. li.).

75 Jahre SSW im Landtag: Feier und Erinnerung

Seit 75 Jahren ist der SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertreten. Mit einer Gedenkfeier hat die derzeit vierköpfige Fraktion Ende September an das runde Jubiläum erinnert. „Wir sind die jüngsten 75-Jährigen, die es je gegeben hat“, sagte der Fraktionsvorsitzende Lars Harms vor zahlreichen Gästen aus der Landespolitik und aus kulturellen Minderheiten in ganz Europa. Landtagspräsidentin Kristina Herbst bezeichnete den SSW als „parlamentarischen Vollsortimentler“, der weit über die Minderheitenpolitik hinaus Akzente setze.

1948 wurde aus der Südschleswigschen Vereinigung der heutige Südschleswigsche Wählerverband als politische Vertretung der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe. Als 1954 der Wiedereinzug in den Landtag nicht gelang, legten die bundesdeutsche und die dänische Regierung 1955 in den Bonn-Kopenhagener

Erklärungen die bis heute gültige Befreiung von der Fünf-Prozent-Hürde fest. Seit 1958 ist die Partei durchgehend im Landtag vertreten, zwischen 2012 und 2017 war der SSW erstmals an einer Regierungskoalition beteiligt. Zuvor, 2005, hatte es noch bundesweite Proteste bis hin zu Morddrohungen gegeben, als der SSW eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerieren wollte, wie die damalige Abgeordnete Anke Spoorendonk berichtete.

Der Landesvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführer Christian Dirschauer erinnerte ebenfalls an die jahrzehntelangen Konflikte über die Rolle des SSW, die inzwischen beigelegt seien: „Heute streitet man sich mit unserer Partei um den richtigen Weg für Schleswig-Holstein, aber nicht mehr, ob der SSW sich überhaupt in die schleswig-holsteinische Politik einmischen darf.“

Bundestagspräsidium zu Gast in Kiel

Das Präsidium des Deutschen Bundestages hat Mitte September zwei Tage lang Schleswig-Holstein besucht. Auch der Landtag stand auf dem Programm.

Die Reise bildete den Auftakt der neuen Informationsreihe „Bundestagspräsidium vor Ort“, die für die kommenden Jahre auch in anderen Bundesländern geplant ist. „Damit wollen wir deutlich machen, dass der Bundestag hin zu den Menschen fährt und zuhört“, erklärte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Das Parlament sei für alle Menschen da und fühle sich ihnen verpflichtet, so die SPD-Politikerin. Zunächst sollen dabei die Heimatregionen der Mitglieder des Bundestagspräsidiums besucht werden. Der Wahlkreis von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki, von 1992 bis 2017 FDP-Abgeordneter im Schleswig-Holsteinischen Landtag, war die erste Station. Die Bundestagsvizepräsidentinnen Aydan Özoğuz (SPD), Yvonne Magwas (CDU/CSU), Katrin Göring-Eckard (Grüne) und Petra Pau (Die Linke) waren die weiteren Gäste im Norden.

Im Landeshaus besuchte die Berliner Delegation den Plenarsaal und traf mit dem Ältestenrat des Landtages zusammen. Im Anschluss pflanzten Bundestagspräsidentin

Bas und Landtagspräsidentin Kristina Herbst gemeinsam einen „Klimabaum“ auf dem Grünstreifen vor dem Landeshaus. Weitere Stationen der Berliner Gäste waren eine Bootsfahrt unter dem Motto „Lebensraum Ostsee“, ein Empfang im Kieler Rathaus und der Besuch einer Schule.



Landtagspräsidentin Kristina Herbst (li.) und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas pflanzen einen „Klimabaum“ vor dem Landeshaus – einen Feldahorn.

Landtag bekräftigt enge Bindung zur „Gorch Fock“

Bei einer Ausfahrt des Segelschiffs der Deutschen Marine von Kiel zur Marineschule Mürwik in Flensburg waren Mitte September mehr als 30 Abgeordnete an Bord. „Mit dieser Ausfahrt halten wir unsere Patenschaft mit der ‚Gorch Fock‘ lebendig, denn sie lebt von gemeinsamen Erlebnissen“, betonte Landtagspräsidentin Kristina Herbst mit Blick auf die seit 41 Jahre währende enge Verbindung

zwischen dem Parlament und dem Marine-schiff. Vertraut mit den Abläufen auf der Dreimastbark zeigte sich der Grünen-Abgeordnete Dirk Kock-Rohwer. Er war 1980 sechs Monate lang als Toppsgast auf der „Gorch Fock“ in die obersten Rahen in 45 Meter Höhe geklettert. „Das ‚Gorch-Fock‘-Gefühl, das wirst du nie wieder los“, so der heutige Bio-Landwirt.

Ende August hatten Crew-Mitglieder des Segelschiffs die ehemalige Unterwant der Bark, die vor der Kantine des Landeshauses in einem 15 Meter hohen Rahmen ausgestellt ist, gesäubert und instandgesetzt. Und: Der Landtag lud die Stammbesetzung der „Gorch Fock“ Anfang September zu einer „Fahrt ins Land“. Der Ausflug führte auf Wunsch der Soldaten in den „Hansa-Park“ in Sierksdorf.

Würdigung für die Arbeit der Einsatzkräfte

Wertschätzung für die geleistete Arbeit – unter diesem Motto hat der Landtag Ende September rund 250 Vertreter von Bundeswehr, Polizei, Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutz und Zoll nach Büdelsdorf geladen. Auch zahlreiche Abgeordnete aller Fraktionen nahmen teil. Leitthema des diesjährigen Empfangs waren die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

In einer Gesprächsrunde mit NDR-Moderatorin Harriet Heise berichtete Oberstleutnant Sascha Bader, stellvertretender Kommandeur des Aufklärungsbataillons 6 „Holstein“ in Eutin, von seinen Erfahrungen in Litauen. Er war für

drei Monate zur Sicherung der NATO-Ostflanke eingesetzt. Jürgen Kock, Referent für Facharbeit beim Landesfeuerwehrverband, hat gemeinsam mit Wehren aus dem Kreis Plön Hilfstransporte



In der ACO Thormannhalle in Büdelsdorf bedankte sich der Landtag bei rund 250 Vertretern der Einsatzkräfte im Lande.

für ukrainische Feuerwehren realisiert. Nicolas Räh, stellvertretender Kreisbereitschaftsleiter beim DRK-Kreisverband Herzogtum Lauenburg, war in der Notaufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge aktiv.

„Respekt und Anerkennung verdienen unsere Einsatzkräfte – allerdings erfahren sie während der Einsätze auch Anfeindungen und Übergriffe“, kritisierte Landtagspräsidentin Kristina Herbst: „Mindestens 80.000 Einsatzkräfte sind in Deutschland im vergangenen Jahr Ziel von körperlichen oder verbalen Angriffen geworden. Das ist für mich ebenso wenig tolerierbar wie Behinderungen von Einsatzkräften im Dienst.“

Streit um Mieterschutz und Wohnungsknappheit

Der Wohnungsmarkt ist in Teilen Schleswig-Holsteins angespannt, etwa in Kiel, Lübeck und im Hamburger Rand. Vor diesem Hintergrund hat die SPD im September strengere Vorgaben für Vermieter gefordert. Bei den anderen Fraktionen stießen die Vorschläge der Sozialdemokraten auf Vorbehalte. Nicht mehr Regulierung sei der richtige Weg, hieß es, sondern mehr Bautätigkeit – vor allem von Sozialwohnungen.

Thomas Hölck (SPD) schlug vor, Mieterhöhungen in angespannten Wohnungsmärkten auf elf Prozent innerhalb von drei Jahren zu begrenzen und auch Index- und Staffelmietverträge dieser Kappungsgrenze zu unterwerfen. Zudem, so Hölck, sollen Mieter länger vor einer Kündigung bei Verkauf ihrer Wohnung geschützt werden. Eigenbedarfskündigungen sollen in den angespannten Regionen nicht mehr nach drei, sondern erst nach zehn Jahren möglich sein. „Wir werben für den höchstmöglichen Mieterschutz in diesem Land“, unterstrich Hölck. Die Mieter erwarteten zurecht, „dass wir sie vor zu hohen Mieten und vor allem vor Verdrängung aus ihren Mietwohnungen schützen“.

„Das tatsächliche Problem am Wohnungsmarkt ist das zu knappe Gesamtangebot an Wohnungen“, erwiderte Michel Deckmann (CDU). Es ergebe keinen Sinn, Eigentümerrechte zu beschränken,



Unterschiedliche Ansätze beim Kampf gegen Wohnungsknappheit und hohe Mieten: Thomas Hölck (SPD, li.), Michel Deckmann (CDU)

da „wir gerade diese Menschen im Land brauchen, um neuen Wohnraum zu bauen und die Bestände zu sanieren“. Anna Langsch (Grüne) verwies auf die 175 Millionen Euro für soziale Wohnraumförderung, die die Koalition als Teil des jüngsten Nachtragshaushalts auf den Weg gebracht hat (Siehe S. 18). Es gehe darum, „dass man die richtigen Wohnungen baut, und genau das macht die Landesregierung“.

Bernd Buchholz (FDP) warf den Sozialdemokraten vor, „in die tiefe Kiste der giftigen, kleinen Nettigkeiten“ zu greifen, die jeden Investor „vom

Hof treiben würden“. Lars Harms (SSW) unterstützte den SPD-Vorstoß zur Kappungsgrenze. Ansonsten sei aber „die Schaffung von mehr Wohnraum das beste Mittel für bezahlbaren Wohnraum“. Im kommenden Jahr werde das Land eine eigene Kappungsgrenzen-Verordnung einführen, kündigte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) an. Die Verordnung solle in ungefähr 60 Kommunen übermäßige Mietsteigerungen verhindern. Zudem verwies sie auf das geplante Wohnraumschutzgesetz, das „die Zweckentfremdung von Wohnungen eindämmen soll“.

Steigende Kosten im Pflegeheim

Angesichts wachsender Kosten für Bewohner von Pflegeheimen fordert der SSW „den Umbau der Pflegeversicherung zu einer solidarischen Vollversicherung“, in die etwa auch Beamte und Selbstständige einzahlen. Es dürfe nicht angehen, so der Abgeordnete Christian Dirschauer, „dass bald jeder fünfte Mensch im Heim auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen ist“. Deswegen müssten „Menschen, die viel besitzen, entsprechend viel zu einer funktionierenden Pflegeinfrastruktur beitragen“.

Die SPD stimmte dem zu, Koalition und FDP waren jedoch dagegen. Schwarz-Grün regte im September stattdessen zunächst „eine rasche Erhöhung der Leistungsbeiträge und Leistungszuschläge“ an. Nach Angaben des Statistikamts Nord lebten Ende 2021 rund 33.600 Menschen in Schleswig-Holstein in einem Pflegeheim. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2035 um 18 Prozent und bis 2055 um 43 Prozent erhöhen wird.

Mehrheit für Versicherungspflicht

Extremwetterereignisse treten immer häufiger auf. Starkregen und Hochwasser haben etwa im Juli 2021 im Ahrtal in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu verheerenden Schäden, auch an Wohn- und Gewerbeimmobilien, geführt. Auf Bundesebene wird daher über eine Pflichtversicherung für Hausbesitzer diskutiert, um sich gegen „Elementarschäden“ zu wappnen. Die Nord-FDP stellte sich im September gegen diese Pläne. „Millionen von Eigentümern und Mietern würden damit weitere finanzielle Belastungen aufgebürdet, die das Wohnen in Deutschland erneut verteuern würden“, so der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Mit dieser Position standen die Liberalen im Landtag jedoch alleine da. Eine „bundesgesetzliche Regelung über die Pflicht zum Abschluss einer Elementarschadenversicherung“ könne als „Ultima Ratio“ sinnvoll sein, hieß es in einem schwarz-grünen Gegenantrag, dem auch die SPD zustimmte. Der SSW enthielt sich.

Gastronomie: Niedrige Mehrwertsteuer und ein klammer Haushalt

Im Ziel herrscht Einigkeit: Die Fraktionen im Landtag wollen die auf sieben Prozent reduzierte Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie beibehalten, um die teils angeschlagene Branche zu stützen. Offen blieb im September allerdings, wer die Einnahmeausfälle für die öffentliche Hand tragen soll.

Der ermäßigte Satz gilt seit Juli 2020 und läuft Ende des Jahres aus. Die Maßnahme sollte die Belastungen für Restaurants, Hotels, Imbisse und Cafés wegen der Corona-Pandemie abfedern. Der normale Mehrwertsteuersatz liegt bei 19 Prozent. SSW, SPD und FDP riefen die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative aus Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen, die eine dauerhafte Senkung des Steuersatzes anstrebt. „Fast alle Betriebe schauen bange Richtung Jahresende“, so Sybilla Nitsch (SSW). Der Branche mit landesweit 5.200 Betrieben und 80.000 Beschäftigten drohe eine Insolvenzwellen: „Geschlossene Betriebe zahlen am Ende gar keine Umsatzsteuer mehr.“ Vor allem Menschen mit geringem Einkommen würden auf einen Restaurantbesuch verzichten, befürchtete Beate Raudies (SPD). Und Bernd Buchholz (FDP) rief die Koalition auf: „Geben Sie sich einen Ruck!“



Lehnten eine dauerhafte Steuersenkung mit Blick auf die Landesfinanzen ab: Ole Plambeck (CDU, li.) und Oliver Brandt (Grüne)



Das Land hatte der Branche in den vergangenen Jahren mit rund 125 Millionen Euro unter die Arme gegriffen. Dies sei aufgrund der angespannten Haushaltslage aber künftig nicht mehr möglich, hieß es aus der Koalition. Deswegen müsse der Bund einspringen. Die deutschlandweiten Ausfälle bei den Steuereinnahmen lägen bei 3,4 Milliarden Euro, so Oliver Brandt (Grüne). Im Landeshaushalt sei mit Verlusten von 50 bis 60 Millionen Euro zu

rechnen. Die Opposition presche vor, „ohne ein einziges Wort zur Gegenfinanzierung“, so Brandt. Er sei für eine Verlängerung der Ausnahmeregel, „aber nur, wenn der Bund das zahlt“. Für Ole Plambeck (CDU) war eine Kostenübernahme durch das Land „im Landeshaushalt schwer darstellbar“, und Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) merkte an, die Regierung habe die Pflicht, „unsere eigene Haushaltssituation im Blick zu behalten“.

Klassenfahrten: Reicht das Geld?

Alle Schulkinder sollen an Klassenfahrten, Studienreisen oder Wandertagen teilnehmen können, und ihre Eltern sollen dafür nicht übermäßig zur Kasse gebeten werden. Dies war im Landtag Mitte September unumstritten. Dennoch gebe es Problemfälle, monierte die Opposition.

Ihn hätten „aus verschiedenen Ecken des Landes Hilferufe“ erreicht, so Martin Habersaat (SPD). Schulen hätten Klassenfahrten kurz vor dem Start abgesagt, weil ihr Budget erschöpft gewesen sei. Oder Eltern seien „auf Elternabenden vor die Alternative gestellt worden, für die Kosten der Lehrkraft aufzukommen oder auf die Reise zu verzichten“.

Die Landeszuschüsse für Klassenfahrten betragen im Jahr 2022 rund 1,8 Millionen Euro. Von dieser Summe seien lediglich 1,4 Millionen Euro abgerufen worden, erwiderte Martin Balasus (CDU). Allerdings: „Einige Schulen machen zu wenige Wandertage oder Ausflüge und nutzen ihr Budget nicht aus, und andere überschreiten ihr Budget.“ Dies liege an den weggefallenen Veranstaltungen während der Corona-Pandemie, betonte Malte Krüger (Grüne): „Einige Schulen wollen halt extrem viele Fahrten nachholen.“ Bildungsministerin Karin Prien (CDU) gestand: „Immer dann, wenn Schulen besonders teure Fahrten durchführen, Fahrten, die weitaus teurer sind als der Regelfall, können Probleme auftreten.“ Dies gelte insbesondere für Abschlussklassen.

Grundsätzlich sollen Schleswig-Holsteins Schüler dreimal auf Reise gehen: in den Klassen 4 und 9 sowie in der Oberstufe.

Die Opposition pochte darauf, dass eine „Umlage“ der Lehrer-Kosten auf die Eltern nicht zulässig sei. Die Koalition rief das Bildungsministerium auf, die Höhe des Budgets und den entsprechenden Erlass zu überprüfen und darüber Anfang 2024 im Bildungsausschuss zu berichten. Das sei zu spät, monierte Jette Waldinger-Thiering (SSW): „Wenn Kinder jetzt loswollen und das geplant werden muss, dann müssen sie jetzt wissen, mit welchem Budget sie zu rechnen haben.“ Christopher Vogt (FDP) rief die Ministerin auf, „die Verteilung der Gelder etwas flexibler und intelligenter zu steuern“.

Landtag appelliert an Berlin: Mehr Bundesgeld fürs Deutschland-Ticket

Das Deutschland-Ticket ist ein Erfolgsmodell – aber es steht auf der Kippe, weil der Bund kein zusätzliches Geld ausgeben will. Der Landtag hat deswegen Mitte September einstimmig an Berlin appelliert, die „Blockadehaltung“ aufzugeben und den Bestand des deutschlandweiten Nahverkehrstickets für 49 Euro auch in den kommenden Jahren abzusichern.

Das Ticket sei die bisher „tiefgreifendste und umfassendste Reform im ÖPNV“, so Lukas Kilian (CDU), der die Debatte gemeinsam mit den Grünen angestoßen hatte. Wenn der Bund sich nun aber von seinen finanziellen Zusagen verabschiede, dann werde die Geschichte des Deutschland-Tickets „sehr kurz, sehr peinlich und sehr bitter“ sein.

Die Abo-Fahrkarte ist seit dem 1. Mai am Start. Bund und Länder haben vereinbart, bis 2025 jeweils 1,5 Milliarden Euro jährlich für das Projekt auszugeben. Die Kosten werden jedoch absehbar steigen. Denn den Verkehrsunternehmen beschert das günstige Angebot Einnahmeverluste, die der Staat ausgleicht. Hinzu kommen Inflation und hohe Energiepreise. Die 16 Länder sind bereit, sich stärker finanziell zu engagieren, der Bund will seinen Beitrag jedoch laut Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) bei 1,5 Milliarden Euro deckeln.

Auch Nelly Waldeck (Grüne) kritisierte das: Die Verlierer dieser Art, Politik zu machen, seien „die vielen Menschen, die sich in den letzten vier Monaten dafür entschieden haben, den ÖPNV zu nutzen“. Deutschlandweit gab es Ende August elf Millionen Ticket-Nutzer, davon 230.000 in Schleswig-Holstein. Thomas Losse-Müller (SPD) rechnete mit einem Mehrbedarf von einer Milliarde Euro pro Jahr. Berlin solle seinen Beitrag leisten, „weil das Deutschland-Ticket ein zentraler Baustein für die bundesweite Mobilitätswende ist“.

Bernd Buchholz (FDP) schloss sich dem Appell an: „Die hälftige Finanzierung durch den Bund muss gewährleistet sein.“ Dies sei „fair“, zumal der Anstoß zu dem Ticket vom Bund ausgegangen sei. Sybilla Nitsch (SSW) warnte davor, das benötigte Geld durch höhere Preise einzunehmen. Dies wäre „das falsche Signal“, denn viele Menschen könnten sich auch die 49 Euro nicht leisten. Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) stellte fest: „Die Menschen wollen den ÖPNV nutzen, sie wollen einen Beitrag zur Verkehrswende leisten.“ Auf einer Sondersitzung der Verkehrsminister in der Woche nach der Plenarsitzung haben die Länder ihre gemeinsame Position bekräftigt.

Die Werbung für das Deutschland-Ticket war erfolgreich: Schätzungsweise eine Viertelmillion Menschen in Schleswig-Holstein nutzt die 49-Euro-Fahrkarte für den ÖPNV.



Land prüft Kostenübernahme bei Personalausweisen von Obdachlosen

Wenn Wohnungslose eine feste Bleibe suchen, dann kann dies daran scheitern, dass sie keinen Personalausweis haben, den sie dem möglichen Vermieter vorlegen können. Ähnliches gilt für die Arbeitsplatzsuche. SPD, FDP und SSW forderten deswegen im September das Land auf, die Kosten des Ausweisdokuments für wohnungslose Menschen zu übernehmen. Die Koalition zeigte sich Gesprächsbereit.

Der Besitz eines Personalausweises bilde „die Grundlage für viele weitere Schritte, um langfristig ein selbstbestimmteres Leben führen zu können“, betonte Sophia Schiebe (SPD). Auch staatliche Unterstützung, medizinische Versorgung, ein Bankkonto oder der Zugang zu Bildung hingen oft am Besitz eines Ausweises. Eine Gebührenermäßigung sei zwar bereits jetzt möglich, so die drei

Fraktionen in ihrem Antrag, aber kaum eine Kommune mache von der Regelung Gebrauch. Deswegen müsse das Land einschreiten. Die Kosten lägen bei 80.000 Euro pro Jahr. SPD, FDP und SSW verweisen auf ein entsprechendes Pilotprojekt in Hamburg. Bis zum Alter von 24 Jahren kostet der Ausweis 22,80 Euro, danach sind es 37 Euro. Auch die Kosten für ein biometrisches Foto soll das Land nach Willen der Oppositionsfraktionen übernehmen.

Werner Kalinka (CDU) blickte auf die anstehenden Beratungen im Sozial- sowie im Innen- und Rechtsausschuss: „Das ist ein Thema, bei dem es am Geld nicht scheitern soll, eine Lösung zu erreichen.“ Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) appellierte an die Kommunen, „das ihnen eingeräumte Ermessen richtig und zum Wohle der betroffenen Bürgerinnen und Bürger auszuüben“.

Weniger Mehrwertsteuer auf Energie gefordert

Viele Haushalte leiden unter hohen Energiepreisen, etwa einer Verdoppelung des Gaspreises seit Anfang 2022. Der SSW hat deswegen im Oktober vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme für ein weiteres Jahr niedrig zu halten. Wegen der Preissteigerung nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hatte der Bund den Steuersatz von 19 auf sieben Prozent gesenkt.

Das bedeute eine jährliche Ersparnis von 270 Euro für eine vierköpfige Familie, so Lars Harms (SSW). Davon würden „nicht nur die Ärmsten der Armen“ profitieren, sondern auch die Mittelschicht. „Den normalen Leuten sind wir es schuldig, dass sie planen können mit ihrem Haushaltseinkommen“, betonte Harms.

Ursprünglich sollte der niedrigere Mehrwertsteuersatz bis März 2024 gelten. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) plant jedoch, den Steuersatz bereits zum Jahresbeginn 2024 wieder auf 19 Prozent zu heben. Die Energieminister der Länder hatten sich

Ende September dafür ausgesprochen, den Sieben-Prozent-Satz über die Wintermonate zu erhalten. Der Berliner Meinungsumschwung sei „nicht glücklich“, sagte der schleswig-holsteinische Ressortchef Tobias Goldschmidt (Grüne) im Landtag. Die Verbraucher bräuchten Verlässlichkeit. Allerdings wandte sich auch Goldschmidt gegen eine dauerhafte Steuersenkung. Es dürfe keine Förderung mit „Füllhorn“ und „Gießkanne“ geben.

„Die Senkung der Mehrwertsteuer war das richtige Instrument zur richtigen Zeit“, lobte Ole Plambeck (CDU) die Berliner Ampel. Zur weiteren Entlastung der Industrie schlug er einen „Brückenstrompreis“ vor, einen niedrigeren Tarif für energieintensive Unternehmen. Zudem solle sich die Landesregierung beim Bund dafür einsetzen, die in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich hohen Netzentgelte zu senken. Oliver Kumbartzky (FDP) machte sich dafür stark, das Energieangebot insgesamt zu steigern, etwa mit der Nutzung von LNG-Flüssiggas und mit Atomstrom. Der SSW-Antrag wird im Wirtschafts- und im Finanzausschuss weiter beraten.

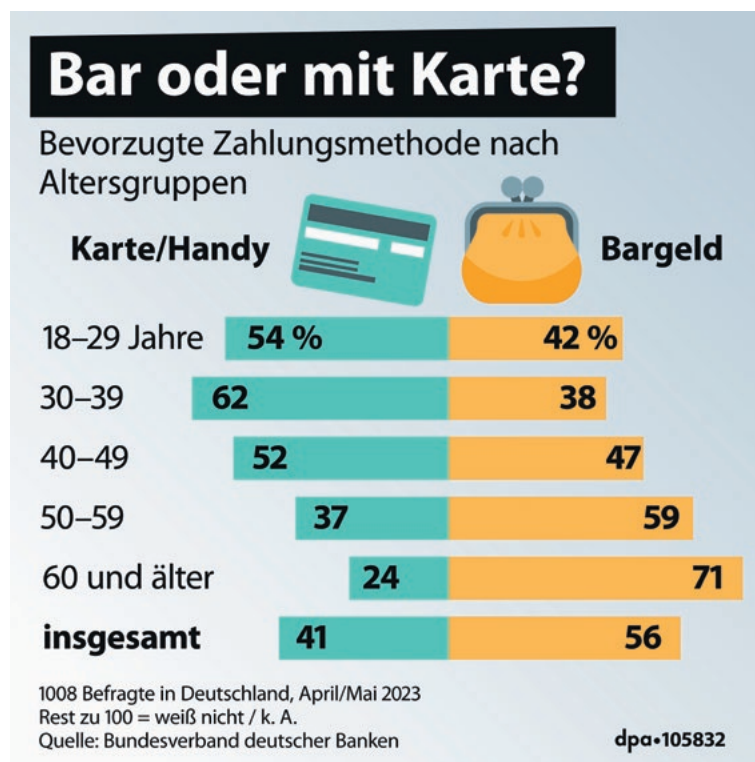
Digitaler Euro: Große Erwartungen und offene Fragen

Ab 2026 gibt es in der Euro-Zone möglicherweise eine dritte Form des Geldes, neben Bargeld und Bankkonten: den „Digitalen Euro“ in Form einer App oder einer Bezahlkarte. Entsprechende Planungen laufen aktuell in der Europäischen Zentralbank (EZB). Das könnte eine Reihe von Vorteilen für Kunden wie für die Wirtschaft mit sich bringen. In diesem Punkt herrschte im Oktober breite Einigkeit im Landtag. Allerdings: Der Weg dahin müsse für Politik und

Öffentlichkeit transparent ablaufen, denn es gebe noch viele offene Fragen. Und: Die virtuelle Währung dürfe das klassische Bargeld nur ergänzen, aber nicht ersetzen.

Michel Deckmann (CDU), der das Thema gemeinsam mit den Grünen auf die Agenda gesetzt hatte, verwies auf weit verbreitete Kreditkarten, auf Zahlungsdienstleister wie Paypal und auf digitale Kryptowährungen: „In manchen Ländern gibt es kaum noch Bargeld.“ Auch in Deutschland seien Scheine und Münzen auf dem Rückzug, stellte Annabell Krämer (FDP) fest, und in Finnland betrachteten „gerade einmal noch elf Prozent“ das Bargeld als bevorzugtes Zahlungsmittel: „Auf diese Änderungen der Präferenzen gilt es zu reagieren.“ Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sprach von der „richtigen Antwort der EZB auf die fortschreitende Entwicklung des digitalen Zahlungsverkehrs“.

Der digitale Euro biete „eine Reihe von neuen Möglichkeiten“, so Oliver Brandt (Grüne): Das System sei einfach, barrierearm, verlässlich, kostenfrei und anonym. Auch Menschen ohne Bankkonto könnten die Digitalwährung nutzen. „Der Großteil der Online-Zahlungen wird von Unternehmen aus nicht-europäischen Ländern abgewickelt“, mahnte Beate Raudies (SPD): „Und wenn wir in den letzten Jahren eins gelernt haben, dann uns möglichst nicht von anderen abhängig zu machen.“ Lars Harms (SSW) gab sich skeptisch: „Welche Vorteile sich ergeben, die über ein nice-to-have hinausgehen, ist derzeit noch offen.“ Der Finanzausschuss, der Europausschuss und der Wirtschaftsausschuss beraten weiter.



Der Zahlungsverkehr wird zunehmend digital. Menschen unter 50 Jahren zahlen bereits mehrheitlich bargeldlos. Der Digitale Euro soll bald eine kostenlose und sichere Alternative zur Kreditkarte bieten.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie schauen wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es um das Euro-Bargeld, die EU-Erweiterung und um den damaligen Optimismus in Bezug auf Russland.

2002:

Zukunftsprojekt Euro und ein Blick nach Osten

Der Jahreswechsel 2001/2002 beschert den Menschen in Deutschland eine fundamentale Veränderung: Das Euro-Bargeld ersetzt die Scheine und Münzen der Deutschen Mark. Die neue Währung gilt als Meilenstein auf dem Weg zu einem geeinten Europa – aber auch als Preistreiber. Der Spott-Begriff „Teuro“ wird Ende 2002 zum „Wort des Jahres“ gewählt. Im Landtag herrscht am 25. Januar, gut drei Wochen nach dem Währungswechsel, Euro-Optimismus. Zugleich ist in der Debatte über „Schleswig-Holstein und Europa“ auch Anspannung spürbar, denn weitere historische Verschiebungen stehen an. Es geht um die EU-Erweiterung und um das Verhältnis zu Russland.

„Das neue Geld hat sich schnell durchgesetzt“, betont Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der CDU: „Und zwar so schnell, dass viele Menschen bereits in der ersten Januarwoche in Bedrängnis gerieten, wenn sie irgendwo, wie bei den Schließfächern und Fahrkartenautomaten der Deutschen Bahn, noch alte D-Mark-Münzen brauchten.“ Inzwischen hätten die Ersten bereits italienische, belgische oder spanische Geldstücke in ihren Portemonnaies. „Mit der Einführung des Euro ist für alle sichtbar, dass Europa weiter zusammenwächst“, unterstreicht der CDU-Abgeordnete und heutige Landtagsvizepräsident Peter Lehnert: „Dieser Prozess bringt für

viele Menschen ganz konkrete Vorteile.“ Aber es gebe eine Kehrseite der Medaille: „Viele Menschen fühlen sich den Veränderungen, die mit weltweit wachsender Geschwindigkeit stattfinden, nicht mehr gewachsen. Aus Unsicherheit wird Angst, aus Angst wird Ablehnung.“

In der Tat ist die Stimmung im Lande gespalten. Zwar bilden sich bereits in der Silvesternacht Schlangen vor den Geldautomaten. Viele der 14 Milliarden Banknoten, mit denen der Euro in seinen damals zwölf Teilnehmerländern an den Start geht, werden bestaunt, während noch das Feuerwerk in den Himmel steigt. Aber der nüchterne Eindruck nach den ersten

Tagen mit dem neuen Geld ist auch der des „Teuros“. Insbesondere Hotels, Gaststätten und dem Einzelhandel wird vorgeworfen, die Währungsreform für einen Preisschub zu nutzen. Der Euro soll offiziell 1,95583 D-Mark wert sein, aber viele Menschen nehmen einen Verlust an Kaufkraft wahr. Umfragen spiegeln die Skepsis wider: Bis zu 70 Prozent der Deutschen äußern sich reserviert gegenüber der Gemeinschaftswährung.

Im Landtag verweist der Grünen-Abgeordnete Rainer Steenblock auf die langfristige Wirkung: „Zu Beginn dieses Jahres haben 300 Millionen Menschen in zwölf Ländern Europas die sinnliche Erfahrung der Gemeinsamkeit gemacht“, so der ehemalige Umweltminister: „Das ist ein Erfolg, dessen Bedeutung wir überhaupt nicht überschätzen können.“ Auch Ministerpräsidentin Simonis spricht von einem „Stück Gemeinschaft zum Anfassen“. Für die Gründerväter der Europäischen Union sei dies „eine ferne Zukunftsvision gewesen“, doch nun „halten 300 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Europa diesen Traum in den Händen“.



Gespannter Blick auf die anstehende EU-Erweiterung und auf das Verhältnis zu Russland: die Europapolitiker Ulrike Rodust (SPD), Rainer Steenblock (Grüne) und Joachim Behm (FDP, v. li.)



Jahreswechsel 2001/02: In die Silvesterstimmung mischt sich Freude über das brandneue Euro-Bargeld. Einige Tage später macht der Begriff „Teuro“ die Runde.

Zehn neue EU-Mitglieder: Ein „Kraftakt“ für alle

Auf die Würdigung des Erreichten folgt der Blick in die Zukunft: Zum 1. Mai 2004 steht die Osterweiterung an. Zehn Länder, darunter Polen und die drei baltischen Staaten, sollen der EU gleichzeitig beitreten. Das weckt Sorgen: Firmen könnten Arbeitsplätze in Niedriglohnländern verlegen, lautet eine Befürchtung. Eine andere: Billige Arbeitskräfte aus dem Osten könnten in den Wettbewerb um deutsche Jobs eingreifen. Auch Ministerpräsidentin Simonis gibt sich zurückhaltend: „Eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten“, seien zentrale Kriterien für die EU-Mitgliedschaft. „Im Moment erfüllt leider trotz erheblicher Fortschritte kein Beitrittskandidat diese Voraussetzungen völlig“, merkt Simonis an. Die SPD-Abgeordnete und spätere Europa-Parlamentarierin Ulrike Rodust befasst sich mit der verbreiteten Angst vor wachsender Kriminalität: Sie rechne nicht mit steigenden Zahlen, denn „zum einen klappt die Zusammenarbeit der Polizeien rund um die Ostsee auch jetzt schon gut, zum anderen sind die Kriminellen, die in den Bereichen Prostitution und organisierte Kriminalität tätig sind, längst hier“.

Joachim Behm (FDP) erwartet einen wachsenden „Wettbewerb der Regionen“ innerhalb der größeren EU: „Die einzelnen Regionen werden sich noch stärker als bisher darum bemühen müssen, Wirtschaftskraft an sich zu binden.“ Und: „Der relative Einfluss jeder einzelnen Region wird sinken, und das zu verteilende Geld wird spärlicher in die

einzelnen Regionen der alten EU fließen.“ Auch Anke Spoorendonk (SSW), später als Ministerin für das Thema Europa zuständig, mahnt, die Europäische Union stehe „vor ihrer bisher größten Herausforderung“. Die Beitrittsländer erwarte ein „Kraftakt sondergleichen“, und auch die Alt-Mitglieder müssten sich umstellen, so Spoorendonk: „Um es kurz zu sagen: Wir werden eine andere Europäische Gemeinschaft bekommen.“ Die warnenden Stimmen beeinflussen die Politik der Bundesregierung. Deutschland nutzt den vorgesehenen Übergangszeitraum für die Arbeitnehmerfreizügigkeit voll aus: Arbeitssuchende aus den meisten Beitrittsländern dürfen erst 2011 auf den deutschen Arbeitsmarkt.

„Russland sieht EU nicht als Bedrohung“

Die schleswig-holsteinische Politik schaut zudem gespannt auf Russland und insbesondere auf Kaliningrad. Die russische Ostsee-Exklave, Partnerregion des Landes, steht im Mittelpunkt der Ostseekooperation des Landes. In ihrer Antwort auf die CDU-Anfrage entwirft die Staatskanzlei ein optimistisches Szenario, das sich 21 Jahre später, angesichts des Angriffskriegs gegen die Ukraine, nicht erfüllt hat. „Russland“, so heißt es in dem Papier aus dem Jahr 2002, „wird letztlich von der Grenznähe durch EU-Nachbarn profitieren, wenn es gilt, sich stärker in die gesamteuropäische wirtschaftliche Verflechtung einzubringen“. Ziel sei „eine Freihandelszone, die die Union und ihre Nachbarstaaten umfasst und sich durch Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auszeichnet“. Grundsätzlich sehe Moskau

„die anstehende EU-Erweiterung nicht wie früher als Bedrohung der russischen Vormacht-Interessen, sondern vor allem als wirtschaftliche Chance an, Russland und seine Entwicklung stärker an die sich erweiternde Union anzukoppeln“. In der Plenardebatte erwartet auch die SPD-Abgeordnete Rodust eine positive Entwicklung: „Russland baut seine Ostseehäfen aus, und neue Häfen sind geplant. Das bedeutet für die schleswig-holsteinischen Häfen mehr Umschlag und für den Nord-Ostsee-Kanal eine weitere Belegung.“ Vorsichtiger äußert sich SSW-Frau Spoorendonk: „Durch die Osterweiterung wird die Ostsee quasi zum EU-Binnenmeer. Für eine friedliche und positive Entwicklung in der gesamten Ostseeregion wird es aber ungemein wichtig sein, dass Russland eng in die Zusammenarbeit einbezogen wird.“

Die Hoffnungen in Bezug auf Russland haben sich in der Rückschau nicht erfüllt. Anders sieht es beim Euro aus: Inzwischen haben ihn insgesamt 20 Länder übernommen, und er gilt, zumindest vor den Preissteigerungen in Folge des russischen Angriffskriegs, nicht mehr als „Teuro“, sondern als „Stabilo“. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate liegt bis 2021 bei niedrigen 1,4 Prozent. Im selben Jahr ergibt eine Umfrage der EU-Kommission eine Zustimmung zur Gemeinschaftswährung von 82 Prozent. Dennoch fällt der Abschied von der D-Mark manchen offenbar schwer. Die Bundesregierung geht 2021 davon aus, dass deutschlandweit noch 5,77 Milliarden Mark privat gelagert werden. Diese Münzen und Scheine können nach wie vor bei der Bundesbank umgetauscht werden.

Karsten Blaas



Falt-Blatt und Buch in Leichter Sprache

Ein neues Falt-Blatt und ein neues Buch erklären in Leichter Sprache, wie der Land-Tag arbeitet.

Das Falt-Blatt und das Buch beschreiben die Sitz-Ordnung im Plenar-Saal. Sie zeigen, wo welche **Fraktion** sitzt und welche Aufgaben das **Sitzungs-Präsidium** hat.

Das Falt-Blatt und das Buch erklären auch, welche Aufgaben die Abgeordneten im Land-Tag haben und wie eine Sitzung abläuft.

Außerdem steht in dem Falt-Blatt und dem Buch, was die Landes-Regierung macht und welche Aufgaben der Ältesten-Rat übernimmt.

Das Buch erklärt außerdem, wie die Landtags-Wahl ausgegangen ist. Es enthält Bilder und Informationen von

allen Abgeordneten. Es erklärt, wie ein Gesetz entsteht. Und es beschreibt, was die **Opposition** macht.

Das Falt-Blatt und das Buch gibt es kostenlos beim Referat für Öffentlichkeits-Arbeit.

Das Falt-Blatt und das Buch können mit der Post bestellt werden:
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Referat für Öffentlichkeitsarbeit
L 1415
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Sie können auch mit einer E-Mail bestellt werden:
bestellungen@landtag.ltsh.de

Und sie können auch am Telefon bestellt werden:
0431/988-1639

Erklärungen:

Im Land-Tag sitzen Vertreter von fünf Parteien. Sie schließen sich zu einer **Fraktion** zusammen. Zum Beispiel: Die 34 CDU-Abgeordneten bilden gemeinsam die CDU-Fraktion.

Die Landtags-Präsidentin und ihre fünf Stellvertreterinnen und Stellvertreter leiten abwechselnd die Sitzung. Neben der Präsidentin sitzen zwei Abgeordnete, die ihr bei der Leitung helfen. Gemeinsam bilden sie das **Sitzungs-Präsidium**.

Die Abgeordneten, die nicht die Landes-Regierung unterstützen, bilden die **Opposition**. Das bedeutet: Sie haben eine andere Meinung. Sie überprüfen die Arbeit der Landes-Regierung. Und sie sagen, was sie an der Arbeit der Regierung falsch finden.

Extra-Mittel für Frauenhäuser, Schwimmbäder und Tierheime?

Vereine und Verbände fordern mehr Unterstützung, um die Daseinsvorsorge vor Ort zu gewährleisten. Das wurde Ende August in einer Anhörung von Finanz- und Sozialausschuss deutlich. Anlass der mehrstündigen Diskussion war ein Gesetzentwurf der FDP. Die Liberalen wollen jährlich rund 23 Millionen Euro zusätzlich in den Kommunalen Finanzausgleich (FAG) geben, die an Frauenhäuser und -beratungsstellen, an Schwimmbäder und an Tierheime weitergereicht werden sollen. SPD und SSW unterstützten das Anliegen, Koalitionsvertreter reagierten zurückhaltend.

Eine Anhebung der Frauenhilfe werde „dringend benötigt“, sagte Astrid Otto von der Landesarbeitsgemeinschaft der 13 Autonomen Frauenhäuser im Lande. Sie verwies auf wachsende Ausgaben für Personal, Mieten und Nebenkosten. Zudem gebe es eine „stetig hohe Auslastungsquote“. Viele Frauen und Kinder, die von Gewalt bedroht seien, fänden derzeit auch in Notfällen keinen Platz. Jette Waldinger-Thiering (SSW) wies darauf hin, dass die meisten Frauen, die in den Hilfseinrichtungen arbeiten, „nur eine befristete Anstellung“ hätten. „Keiner kann uns den genauen Bedarf beziffern“, monierte Beate Raudies (SPD) – „die Landesregierung schon gar nicht“.

Angesichts zahlreicher Nichtschwimmer unter den Kindern und Jugendlichen warnte Alessa Orth vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) davor, weitere kommunale Schwimmbäder aus Kostengründen zu schließen:

„Das wäre das Schlimmste, was passieren kann.“ Eine flächendeckende Schwimmbaubildung könnten die Ehrenamtler der DRK-Wasserwacht und anderer Organisationen nur gewährleisten, „wenn Schwimmhallen da sind“. Die Betreiberkosten für eine Gemeinde rechnete Heiko Voß, Bürgermeister von Laboe an der Kieler Außenförde, vor. Dort wird aktuell eine neue Schwimmhalle geplant, die das marode Meerwasserwellenbad ersetzen soll. Die Kosten für Wasser, Heizung und den laufenden Betrieb bezifferte Voß auf 600.000 Euro pro Jahr. Annabell Krämer (FDP) betonte, es gehe nicht um touristische „Spaßbäder“, sondern um Schwimmstätten, „die ihre Bahnen für den Schulunterricht bereitstellen“.

Auch Ellen Kloth, Landesvorsitzende des Tierschutzbundes, klagte über eine wachsende finanzielle Belastung durch Energiekosten, Tierarztrechnungen und die Inflation. Die ehrenamtlich geführten 18 Tierheime

und zwei Tierauffangstationen im Lande müssten zudem das Gehalt ihrer Angestellten aufbringen, denn eine angemessene Betreuung der Tiere „kann nur durch Fachpersonal sichergestellt werden“.

„Wir alle wollen das gleiche“, bekundete die Grünen-Abgeordnete Catharina Nies grundsätzliche Unterstützung für die Anliegen der Verbände: „Aber wir müssen gucken, auf welche Weise wir das Ziel erreichen können.“ Sie wies darauf hin, dass die Landesregierung ohnehin dabei sei, den Finanzausgleich zu überarbeiten. Ähnlich äußerte sich Ole Plambeck (CDU). Es sei zu prüfen, ob es andere Finanzierungswege als den FAG gebe.

Die Forderungen der Verbandsvertreter richteten sich nicht nur an das Land, sondern auch an die kommunale Ebene. Von dort kam aber ebenfalls eine verhaltene Reaktion. Marc Ziertmann, Geschäftsführer des Städteverbands, hielt es zwar für „völlig richtig“, mehr Geld für derart wichtige Aufgaben aufzubringen. Dies müsse aber „aus Landesmitteln finanziert werden, sowohl bei Frauenhäusern als auch bei Sport und Tierheimen“. Er schlug vor, nicht den FAG heranzuziehen, sondern neue Förderprogramme zu starten.

Landtag begrüßte auf der NORLA zahlreiche Gäste

Auch in diesem Jahr war der Landtag wieder mit seinem Info-Stand auf der Landwirtschaftsmesse NORLA in Osterroßfeld bei Rendsburg vertreten. Abgeordnete und Mitarbeiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit luden Anfang September vier Tage lang zum Gespräch und verteilten Informationsmaterial. Bei einem interaktiven Quiz lockten kleine Preise. Erstmals stellte der Petitionsausschuss seine Service-Angebote den NORLA-Besuchern vor.

Im Bild: der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Hauke Götsch (li.), mit Mitarbeitern der Landtagsverwaltung. Schleswig-Holsteins größte Verbraucher- und Agrarmesse bot zum 73. Mal ein vielfältiges

Angebot aus moderner Technik, Lebensmitteln und einer Tierschau. In diesem Jahr kamen wieder mehr als 500 Aussteller zur NORLA.

Die Veranstalter freuten sich über insgesamt 72.000 Besucher – mehr als im Vorjahr.



CCS-Technologie: Klima-Retter oder Umwelt-Sünde?

Lange Zeit gab es in Schleswig-Holstein eine breite politische Front gegen die CCS-Technologie. Das „Carbon Capture and Storage“, das unterirdische Verpressen von klimaschädlichem Kohlendioxid aus Industrieanlagen, galt als Gefahr für Grundwasser, Mensch und Natur. Ein Landesgesetz aus dem Jahr 2014 schließt CCS im Norden aus, Landtagsbeschlüsse aus den Jahren 2019 und 2022 bekräftigten diese Haltung. Doch andernorts wird die Technik als Instrument des Klimaschutzes gesehen. So lagern Dänemark, die Niederlande und Norwegen ihr CO₂ unter der Nordsee. Muss auch Schleswig-Holstein seine Position überdenken, um sein Ziel zu erreichen, bis 2040 klimaneutral zu werden? Sollte das Land eine CO₂-Speicherung unter dem Meer außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone ins Auge fassen? Darüber sprach der Umwelt- und Agrarausschuss Ende September mit Wissenschaftlern und Verbandsvertretern. Ein Fazit: Der Beitrag der unterirdischen CO₂-Speicherung zum Klimaschutz wäre gering – weitere drastische Maßnahmen bleiben darüber hinaus notwendig.

Allenfalls fünf Prozent der CO₂-Emissionen könnten mittels CCS entsorgt werden, so Prof. Klaus Wallmann vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel. Die übrigen 95 Prozent müssten durch Energiesparen und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger angegangen werden: „Das sind die wirklich großen Hebel.“ Wallmann betonte, CCS sei „keine Hochrisikotechnologie“. Er gehe davon aus, dass 99 Prozent des unterirdisch gespeicherten Kohlendioxids auch nach 10.000 Jahren noch sicher verstaut sei.

Pao-Yu Oei, Professor für nachhaltige Energie-wendeökonomie an der Uni Flensburg, stellte fest, dass die Technik nach wie vor in den Kinderschuhen steckt: „Wir wissen nicht, wann sie großindustriell zur Verfügung steht.“ Um einen Beitrag zur Klimaneutralität 2040 zu leisten, „müsste sehr schnell sehr viel passieren“. Er rief die Politik auf, rasch „klare Leitlinien“ zu setzen. CCS sei etwa für die Abgase aus der Zementproduktion, aus Biomasse-Anlagen und aus der Müllverbrennung geeignet – aber es gebe noch keine Planungen für den Verlauf und die Größe der Pipelines.

Hans-Otto Pörtner, Bremerhavener Polarforscher und Mitarbeiter des Weltklimarats, mahnte, den „Lebensraum Ozean“ zu schützen. CCS sei „eine mögliche Gefahr für das Leben im Meer“ und könne daher nur eine Notlösung sein, „eine Nische, die punktuell funktionieren kann“. Ähnlich äußerte sich Charlotte Stenzel von „Fridays for Future“. CCS sei ein „Nebenschauplatz“, eine „teure und energieintensive ferne Vision“. Dennoch schloss sie die Technologie auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht kategorisch aus.

Ein deutliches Nein kam von Umweltschutzorganisationen. Stefanie Sudhaus, Meereschutzreferentin beim Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND, bezeichnete CCS als „teurer als alle bekannten Optionen zur Vermeidung von CO₂“. Zudem stehe es einer konsequenten Klimapolitik im Wege, denn CCS sichere den „Weiterbetrieb der fossilen Wirtschaft“. Reinhard Knof von der Bürgerinitiative „Gegen das CO₂-Endlager“ blickte auf die norwegische CCS-Speicherung. Dort habe es bereits Leckagen gegeben. Diesen Punkt unterstrich Karsten Smid von Greenpeace: „Jedes CO₂-Feld hat seine spezifischen Probleme.“ Grundsätzlich gelte: „Wenn nur alle 10.000

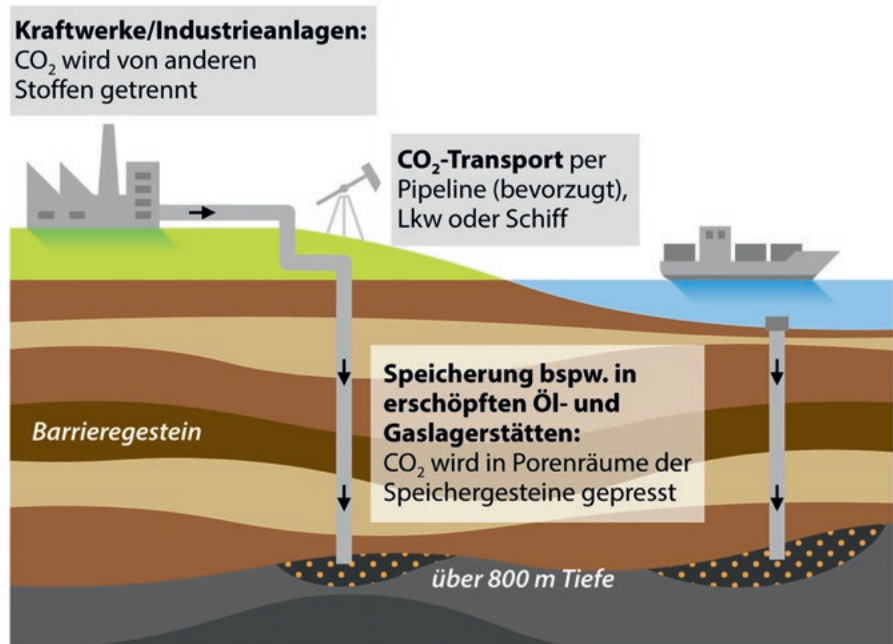
Jahre ein unvorhergesehenes Ereignis passiert und die Speicherung 10.000 Jahre dauern soll“, dann werde ein Unfall „zum sicheren Ereignis“.

Fraktionen ziehen unterschiedliches Fazit

Die FDP stehe „einer möglichen Speicherung von CO₂ unterhalb der Nordsee positiv gegenüber“, so der Abgeordnete Oliver Kumbartzky. Die Potentiale der Technologie seien „weiter wissenschaftlich und unter Berücksichtigung möglicher Umweltrisiken zu erkunden“. Cornelia Schmachtenberg (CDU) betonte die Ablehnung von CCS an Land, und auch unterhalb des Meeres könne es nur eine „Notlösung“ sein. Für die SPD rief Marc Timmer dazu auf, vorrangig „alternative Technologien zur Dekarbonisierung von Produktionen zu entwickeln“. Es müsse ausgeschlossen werden, so Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter, „dass CCS eine lebensverlängernde Maßnahme, der CO₂-ausstoßenden Industrie ist“. Sybilla Nitsch (SSW) fragte: „Ist der Nutzen so groß, dass man diesen Eingriff in die Meeresumwelt vornehmen sollte? Lohnen sich diese großen Investitionen, um einen relativ kleinen Beitrag zu erzielen?“

Dauerhafte unterirdische CO₂-Speicherung

CCS-Verfahren (Carbon Capture and Storage): Bei industriellen Verbrennungsprozessen erzeugtes Kohlendioxid wird abgefangen und im tiefen geologischen Untergrund gespeichert.



Quelle: Bundesanstalt f. Geowissenschaften u. Rohstoffe, Projektträger Jülich, CDRmare



China an der Elbe: Die 24,99-prozentige Beteiligung des chinesischen COSCO-Konzerns an einem Terminal des Hamburger Hafens schlug im Frühjahr hohe Wellen. China ist die größte Volkswirtschaft der Welt und rangierte im vergangenen Jahr auf Platz 1 der Importländer nach Schleswig-Holstein. Der Norden führte chinesische Waren im Werte von 5,1 Milliarden Euro ein – ein Plus von 700 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Der Export nach China spielt hingegen eine deutlich geringere Rolle. Schleswig-Holstein pflegt seit 1986 eine Partnerschaft mit der Provinz Zhejiang.

Schwieriger Partner China

Experten warnen vor „Naivität“

Auch für Schleswig-Holstein ist China ein wichtiger Handelspartner. Zugleich tritt das kommunistisch regierte Reich der Mitte politisch, militärisch und wirtschaftlich zunehmend aggressiv auf. Politik und Unternehmen dürften deswegen nicht blauäugig sein, forderten mehrere Experten bei einem Fachgespräch mit dem Wirtschafts- und dem Europaausschuss Anfang Oktober.

„China ist unser Wettbewerber, unser Partner und unser systemischer Rivale“, sagte Wirtschaftsstaatssekretärin Julia Carstens. Trotz des aggressiven Gebarens des Großreichs gelte: „Wir setzen nach wie vor auf Kooperationen und offene Märkte.“ Allerdings stammten 45 Prozent der Produkte mit kritischen Abhängigkeiten aus China, so Carstens, etwa seltene Erden für den Bau von Handys oder für die

Auto-Industrie. „Wir dürfen uns in keinem Bereich allein auf China stützen“, betonte die Staatssekretärin mit Blick auf deutsche Abhängigkeiten gegenüber Russland, die im Zuge des Angriffskriegs gegen die Ukraine offenbar wurden.

Sarah Kirchberger, Sinologin und Leiterin des Instituts für Sicherheitspolitik an der Kieler Uni, rückte militärische Aspekte in den Blickpunkt. Sie warnte davor, „noch mehr Technologie und Know-how“ nach China zu liefern. „Wir in Deutschland haben tatkräftig mitgeholfen, die chinesische Marine leistungsfähiger zu machen“, merkte Kirchberger an, etwa mit moderner Dieselsechnik. Die „angeblich zivile Technologie“ sei zu Forschungszwecken geliefert worden – um dann in U-Booten eingebaut zu werden. Zudem bestehe das „Risiko der

Sabotage von öffentlicher und militärischer Infrastruktur“. Chinesische Militärangehörige hätten sich „mehrfach Zutritt verschafft zu Einrichtungen, in denen sie nichts zu suchen hatten“. Kirchbergers Appell: „Wir sollten nicht naiv sein, denn die andere Seite ist es auch nicht.“

„Auch im Verfassungsschutzbericht spielen Spionageaktivitäten der Volksrepublik eine Rolle“, stellte Bernd Buchholz (FDP) fest. Chinesische Mitarbeiter oder Doktoranden würden „in deutsche Unternehmen eingeschleust, um systematisch Spionage zu betreiben“. Rasmus Vöge (CDU) kritisierte die inzwischen eingestampften Pläne der Stadt Kiel für eine Partnerschaft mit der chinesischen Metropole Qingdao und regte Hochschul-Kurse im Bereich „China-Kompetenz für Unternehmen“ an.

Weitere Stimmen:

Angelika Messner, Professorin für China-Studien an der Universität Kiel und **Lena Liefke**, wissenschaftliche Mitarbeiterin: „Als Hochschule sehen wir uns ebenfalls konfrontiert mit der Frage der möglichen Einflussnahme durch chinesische Institutionen, doch sind wir gleichzeitig davon überzeugt, dass der direkte Dialog mit chinesischen Forschenden, Hochschulmitarbeitenden und Studierenden eine Grundvoraussetzung dafür ist, um Entwicklungen in Wissenschaft und Politik in der VR China und im gesamten ostasiatischen Raum beobachten, einordnen, darauf reagieren und idealerweise eigene Strategien entwickeln zu können.“

Wan-Hsin Liu und **Prof. Holger Görg** vom Institut für Weltwirtschaft Kiel: „Eine deutsche China-Strategie müsste berücksichtigen, dass China eine eigene langfristige und ambitionierte Entwicklungsstrategie verfolgt. Dabei sollen Importe aus Deutschland und anderen Ländern durch ausländische Investitionen mit vermehrten lokalisierten Produktions- und Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie durch einheimische Produktion ersetzt werden.“

Claudia Wessling vom Mercator Institute for China Studies in Berlin: „Seit dem Amtsantritt von Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping verfolgt Beijing eine deutlich selbstbewusstere und ambitioniertere Außenpolitik. Das gilt

auch für die subnationale Diplomatie. Denn die subnationale Ebene ist für China ein weiterer Kanal zur Durchsetzung strategischer Interessen. Das stellt Bundesländer und Kommunen vor zahlreiche Herausforderungen.“

Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord: „Die Bundesregierung muss auch zukünftig die kritische Infrastruktur sichern und bei wichtigen Beteiligungen fortlaufend überprüfen, ob die Auflagen des Außenwirtschaftsgesetzes eingehalten werden. Eine zunehmende Abschottung Deutschlands und Europas durch die weitere Regulierung von ausländischem Investitionskapital muss hingegen verhindert werden.“

Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2024

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Mo Neujahr	1 Do	1 Fr	1 Mo Ostern	1 Mi Tag der Arbeit	1 Sa
2 Di	2 Fr	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So
3 Mi	3 Sa	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo
4 Do	4 So	4 Mo	4 Do	4 Sa	4 Di
5 Fr	5 Mo	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi
6 Sa Heilige drei Könige	6 Di	6 Mi	6 Sa	6 Mo	6 Do
7 So	7 Mi	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr
8 Mo	8 Do	8 Fr Int. Tag der Frau	8 Mo	8 Mi	8 Sa
9 Di	9 Fr	9 Sa	9 Di	9 Do Europatag/ Christi Himmelfahrt	9 So Europawahl
10 Mi	10 Sa	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo
11 Do	11 So	11 Mo	11 Do	11 Sa	11 Di
12 Fr	12 Mo	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi
13 Sa	13 Di	13 Mi	13 Sa	13 Mo	13 Do
14 So	14 Mi	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr
15 Mo	15 Do	15 Fr	15 Mo	15 Mi	15 Sa
16 Di	16 Fr	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So
17 Mi	17 Sa	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo
18 Do	18 So	18 Mo	18 Do	18 Sa	18 Di
19 Fr	19 Mo	19 Di	19 Fr	19 So Pfingsten	19 Mi
20 Sa	20 Di	20 Mi	20 Sa	20 Mo Pfingsten	20 Do
21 So	21 Mi	21 Do 18. Tagung	21 So 19. Tagung	21 Di	21 Fr 21. Tagung
22 Mo	22 Do	22 Fr	22 Mo	22 Mi	22 Sa
23 Di	23 Fr	23 Sa	23 Di	23 Do Tag d. Grundgesetzes	23 So
24 Mi 17. Tagung	24 Sa	24 So	24 Mi	24 Fr 20. Tagung	24 Mo
25 Do	25 So	25 Mo	25 Do	25 Sa	25 Di
26 Fr	26 Mo	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi
27 Sa Holocaust-Gedenktag	27 Di	27 Mi	27 Sa	27 Mo	27 Do
28 So	28 Mi	28 Do	28 So	28 Di Fraktionsreisen	28 Fr
29 Mo	29 Do	29 Fr Karfreitag	29 Mo	29 Mi	29 Sa
30 Di		30 Sa	30 Di	30 Do	30 So
31 Mi		31 So Ostern		31 Fr	



Das Landeshaus beim 360-Grad-Rundgang entdecken

Per Drohne hat eine Kieler Firma im September Luftbilder vom Landeshaus gemacht. Auch innerhalb des Gebäudes war der Fotograf unterwegs. Die Aufnahmen werden zu einem 360-Grad-Rundgang verschmolzen. Besucher der Landtags-Website können dem Haus an der Förde demnächst einen virtuellen Besuch abstatten, die Vogelperspektive einnehmen, durch die Außenanlagen spazieren und das Innenleben des Landeshauses erkunden. Im Plenarsaal können sich virtuelle Gäste hinter das Rednerpult stellen, sie können von der Besuchertribüne einen Blick in den Saal werfen, und sie können durch die Vorhalle und das Treppenhaus in den 1. Stock wandern und sich die erfolgreiche Ausstellung mit Bildern von Armin Mueller-Stahl anschauen. Auch die Sitzungsräume im 1. Obergeschoss und die Kantine sind Ziele der Wanderung. Dazu gibt es zahlreiche Informationen über das Gebäude und über die Arbeit des Landtages.

Legende: ■ Plenum ■ Schulferien / Sitzungsfreie Zeit
■ Ältestenrat ■ Bundesrat

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Mo	1 Do	1 So	1 Di	1 Fr	1 So 1. Advent
2 Di	2 Fr	2 Mo	2 Mi	2 Sa	2 Mo
3 Mi	3 Sa	3 Di	3 Do Tag der Deutschen Einheit	3 So	3 Di
4 Do	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo	4 Mi
5 Fr	5 Mo	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Do
6 Sa	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Fr
7 So	7 Mi	7 Sa	7 Mo	7 Do	7 Sa
8 Mo	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr	8 So 2. Advent
9 Di	9 Fr	9 Mo	9 Mi	9 Sa	9 Mo
10 Mi	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Di
11 Do	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo	11 Mi
12 Fr	12 Mo	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do
13 Sa	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr
14 So	14 Mi	14 Sa	14 Mo	14 Do	14 Sa
15 Mo	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So 3. Advent
16 Di	16 Fr	16 Mo	16 Mi	16 Sa	16 Mo
17 Mi	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So Volkstrauertag	17 Di
18 Do	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo	18 Mi
19 Fr	19 Mo	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do
20 Sa	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi Buß- und Bettag	20 Fr
21 So	21 Mi	21 Sa	21 Mo	21 Do	21 Sa
22 Mo	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 So 4. Advent
23 Di	23 Fr	23 Mo	23 Mi	23 Sa	23 Mo
24 Mi	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di Heiligabend
25 Do	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo	25 Mi 1. Weihnachtstag
26 Fr	26 Mo	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do 2. Weihnachtstag
27 Sa	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr
28 So	28 Mi	28 Sa	28 Mo	28 Do	28 Sa
29 Mo	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So
30 Di	30 Fr	30 Mo	30 Mi	30 Sa	30 Mo
31 Mi	31 Sa		31 Do Reformationstag		31 Di Silvester



137 Millionen Euro: Landtag gibt Förderung für Northvolt frei

Das Land fördert den geplanten Bau einer Batteriefabrik bei Heide mit 137 Millionen Euro. Diese Summe haben CDU, Grüne und SPD im September über einen Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt. Das Geld stammt aus dem Ukraine-Notkredit und ist nun als Zuschuss für das Bauvorhaben der schwedischen Firma Northvolt in Dithmarschen vorgesehen. FDP und SSW unterstützen zwar das Projekt, lehnten die Art der Finanzierung aber ab.

Northvolt plant eine Batteriefabrik für Elektroautos. Das Unternehmen will 4,5 Milliarden Euro investieren, 3.000 Arbeitsplätze schaffen und jährlich Batterien für eine Million E-Autos produzieren. Angesichts der geplanten Subventionen von Bund und Land muss die EU aber noch grünes Licht geben. Wenn alles nach Plan läuft, will Northvolt ab 2026 Batterien liefern. Es wäre das größte Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten.

„Ein derart großes Ansiedlungsprojekt bietet die Chance, dass sich die Dynamik der Energiewende an der Westküste weiter verstärkt“, so Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). CDU-Fraktionschef Tobias Koch sprach vom „wichtigsten Vorhaben dieses Jahrzehnts für Schleswig-Holstein“, das „Strahlkraft weit über unsere Landesgrenzen hinaus“ entwickeln werde. „Für uns ist klar, dass das Land jetzt in die Transformation unserer Wirtschaft investieren muss“, begründete Fraktionschef Thomas Losse-Müller die Zustimmung der SPD.

CDU, Grüne, SPD und SSW hatten den Notkredit im November vergangenen Jahres von 400 Millionen Euro auf maximal 1,4 Milliarden erhöht. Neben den 137 Millionen Euro für Northvolt haben Schwarz-Grün und Sozialdemokraten nun weitere Mittel entnommen. Ein Darlehen von 175 Millionen Euro ist für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen – hierüber beraten zunächst die Fachausschüsse. Außerdem fließt Geld in die kommunale Wärmewende, in eine noch zu gründende Entwicklungsgesellschaft für die Northvolt-Ansiedlung, in die Flüchtlingshilfe, für Aushilfslehrkräfte zur Integration ukrainischer Kinder und für Cybersicherheit. Zudem reserviert das Land Mittel, mit dem der im Herbst erwartete Tarifabschluss im öffentlichen Dienst abgefedert

werden soll. Das Gesamtvolumen beläuft sich laut Ministerin Heinold auf 318 Millionen Euro.

FDP und SSW: Ansiedlung nicht aus dem Notkredit finanzieren

FDP und SSW kritisierten die Umwidmung des Ukraine-Kredits scharf: Die Northvolt-Ansiedlung sei keine Notlage und stehe nicht im direkten Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg. Dies sei nicht mit der Landesverfassung vereinbar. Die FDP hatte ein Gutachten beim Wissenschaftlichen Dienst des Landtages in Auftrag gegeben. Demnach bestehen Zweifel, ob eine Finanzierung der Investition aus dem Ukraine-Kredit verfassungsrechtlich Bestand haben würde. „Die FDP-Fraktion begrüßt und unterstützt die geplante Ansiedlung der Northvolt-Batteriezellenfabrik in Dithmarschen ausdrücklich“, stellte der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt klar. Die Form der Finanzierung hielten die Liberalen jedoch für falsch. Der SSW stimmte dem Nachtragshaushalt größtenteils zu – mit Ausnahme der Northvolt-Förderung. Das Projekt biete zwar eine „großartige Chance für Schleswig-Holstein“, so Fraktionschef Lars Harms, aber die Koalition lege eine „teilweise verfassungswidrige Vorgehensweise“ an den Tag, „die wir so nicht mittragen wollen“. Demgegenüber verteidigte Lasse Petersdotter (Grüne) den Kurs: „Wir reagieren auf Notlagen.“ Der russische Angriffskrieg habe die „massive Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energieträgern deutlich gemacht“. Diese Abhängigkeit zu reduzieren, sei „nicht nur politisch richtig, sondern auch von der Landesverfassung gedeckt“.

Mehr zum Nachtragshaushalt auf Seite 22



Wo einmal der wirtschaftliche Motor für die gesamte Westküste brummen soll, ist aktuell noch eine grüne Wiese. In der Nähe der Bundesstraßen B5 und B203 sowie der Autobahn A23, in der Gemeinde Norderwörden bei Heide, will Northvolt seine Batteriezellen produzieren.

Georgien und Moldau als sichere Staaten: Auch Grüne stimmen zu

Der Landtag hat Ende September den Weg dafür geebnet, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat der Einstufung Georgiens und Moldaus als sichere Herkunftsstaaten zustimmt. Damit haben Flüchtlinge aus diesen Ländern schlechtere Chancen auf Asyl in Deutschland. CDU, FDP und auch die Grünen votieren dafür. Zuvor hatte es in dieser Frage unterschiedliche Positionen innerhalb der schwarz-grünen Koalition gegeben.

Die Grünen hatten zunächst auf einer Enthaltung Schleswig-Holsteins in der Länderkammer beharrt (siehe Landtagszeitschrift 02/2023) und sich auf den Koalitionsvertrag bezogen. „Wird im Kabinett zwischen den Koalitionspartnern keine Übereinkunft über das Abstim-

mungsverhalten erzielt, enthält sich das Land im Bundesrat“, heißt es dort. Nach Druck aus der CDU verkündete der kleinere Regierungspartner wenige Tage vor der Landtagsdebatte jedoch seine Zustimmung. Dies unterstrich Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter im Plenum: „Wir Grüne wurden nicht überzeugt, aber gewissermaßen überstimmt.“

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) forderte grundsätzliche Kurskorrekturen: „Wir werden Armutsmigration begrenzen müssen, damit wir unsere Kapazitäten auf diejenigen konzentrieren können, die wirklich verfolgt sind.“ Er verwies auf „dramatisch gestiegene Asylzugangszahlen“ von 90 Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Die Situation in den Kommunen werde zunehmend schwierig. „Der

Kern der Idee der sicheren Herkunftsstaaten ist, dass denen geholfen wird, die am hilfsbedürftigsten sind“, sagte Seyran Papo (CDU). Christopher Vogt (FDP) mahnte „weitere Maßnahmen“ an: „Auch die drei Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko sollten als sichere Herkunftsstaaten ausgewiesen werden.“

Kritik an der Entscheidung kam von Sozialdemokraten und SSW. Die Ausweisung sicherer Herkunftsländer sei „im Kern unvereinbar mit dem individuellen Recht auf Asyl“, so Serpil Midyatli (SPD). Und Lars Harms (SSW) sprach von einer „innenpolitischen Symbolhandlung, die individuelle Grundrechte einschränkt“. Die Zahl der Flüchtlinge aus Georgien und Moldau sei niedrig, den Kommunen bringe die Ausweisung kaum Entlastung.

Modellvorhaben für Drogen-Check gestartet

Drogenkonsumenten werden auch in Schleswig-Holstein bald ihre Rauschmittel auf akute Gesundheitsgefahren prüfen lassen können. Das Land solle ein Modellprojekt auflegen und auf Musik-Festivals und Volksfesten oder vor der Disco entsprechende Angebote bereitstellen, forderte im September eine breite Mehrheit im Landtag.

Konkret soll das Kieler Projekt ODYSSEE auf das ganze Land ausgeweitet und wissenschaftlich begleitet werden. Der Norden schließt sich damit beim „Drug-Checking“ dem Kurs mehrerer anderer Bundesländer an. Die

Idee: Konsumenten werden vor besonders gesundheitsschädlichen Präparaten, Verunreinigungen oder hohen Dosierungen gewarnt, und ihnen werden Hilfsangebote unterbreitet.

Jasper Balke (Grüne) wies auf knapp 2.000 Drogentote in Deutschland im vergangenen Jahr hin: „Wir haben als Gesellschaft und als Politik gemeinsam die Aufgabe, solche Zahlen nicht einfach hinzunehmen.“ Es gehe darum, die Wartezeit zwischen dem Beginn der Testung und der Ermittlung des Ergebnisses zur Beratung und Aufklärung zu nutzen. „Kaum eine Maßnahme im Bereich der Drogenpolitik ist so sinnvoll und einleuchtend wie die Analyse und die damit zwingend verbundene Beratung“, betonte Christian Dirschauer (SSW). Er forderte von der Koalition „mehr Tatkraft“ und ein noch breiteres Angebot. Der SSW hatte das Thema gemeinsam mit der SPD auf die Tagesordnung gesetzt.

Dagmar Hildebrand (CDU) wies darauf hin, dass bei Drug-Checks in anderen Ländern 65 Prozent der Konsumenten angegeben hätten, dass sie nach der Testung weniger riskant konsumierten. Ziel sei es, die meist jungen Menschen vor lebensgefährlichen gepanschten Drogen zu schützen, so Birte Pauls (SPD). Sie erinnerte an den Tod einer 13-Jährigen aus Mecklenburg-



Ziel des Drogen-Check seien „Aufklärung und Sensibilisierung für die Risiken des Konsums“, so Christian Dirschauer (SSW): „Es geht nicht um Verharmlosung oder Normalisierung.“

Vorpommern, die im Juni an der Ecstasy-Pille „Blue Punisher“ gestorben war. Heiner Garg (FDP) verwies auf den „ganzen Mist, mit dem illegale Drogen verschnitten werden“. „Es geht um Aufklärung, und es geht darum, dass wir mit den jungen Menschen in Kontakt kommen“, sagte Gesundheitsministerin Kerstin von der Decken (CDU). „Unser Ziel bleibt es, Menschen vom Drogenkonsum abzubringen“ Der Sozialausschuss berät das Thema weiter.



Laut Bundeskriminalamt sind im Jahr 2022 deutschlandweit 1.990 Menschen infolge des Konsums illegaler Drogen gestorben, davon 56 in Schleswig-Holstein. Das waren 164 Fälle (neun Prozent) mehr als im Vorjahr. Den Angaben zufolge steigt die Zahl der jungen Menschen unter 30 Jahren an den Drogentoten. Amphetamine und Ecstasy seien ein wachsendes Problem.

Differenzen im Regierungslager zum Nationalpark Ostsee

Gegen einen Nationalpark Ostsee gibt es starke Widerstände, auch innerhalb der Koalition. Das wurde Mitte September im Plenum deutlich. Zwar will Schwarz-Grün den Beteiligungsprozess vor Ort zu Ende bringen. Die Pläne von Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) stoßen aber auf vehemente Kritik in der Union. Oppositionspolitiker machten daher einen Riss in der Koalition aus. Weitgehende Einigkeit herrschte im Landtag darüber, dass die schwer geschädigte Ostsee dringend Erholung benötigt.

Cornelia Schmachtenberg (CDU) betonte, die Union sei „nicht überzeugt, wieso ein Nationalpark die beste Lösung für die Ostsee sein sollte“. Der Dialogprozess habe ein „großes Commitment im ganzen Land“ für den Ostseeschutz gezeigt, so Schmachtenberg: „Diese Stimmung und diese Tatkraft sollten wir nutzen, um Vereinbarungen zu treffen“. „Ein Nationalpark würde eine ganzheitliche Lösung für einen effizienten, zukunftsorientierten Meeresschutz

bieten“, sagte dagegen Silke Backsen (Grüne). Umweltminister Goldschmidt forderte eine Allianz der Verantwortung für die Ostsee: „Das wird nur funktionieren, wenn jeder etwas in die Mitte legt, wenn jeder bereit ist, auch mal Abstriche zu machen.“

„Die CDU hat dieses Herzensprojekt der Grünen in der letzten Woche versenkt“, verwies Oliver Kumbartzky (FDP) auf entsprechende Vorlagen

für den Parteitag der Christdemokraten Anfang Oktober. Nach Ansicht von Sandra Redmann (SPD) hat die Debatte dem Meeresschutz einen Bärendienst erwiesen: „Die Grünen haben eine Werbetour entlang der Ostseeküste durchgeführt, ihren Heiligenschein dabei vor sich hergetragen, um dann zu merken, dass auch sie nicht übers Ostseewasser laufen können.“ Die CDU sei hinterhergerannt und habe das Verfahren hintertrieben. Auch die traditionelle Nutzung wie die Fischerei und die moderne Nutzung wie der Wassersport gehörten zur Kultur Schleswig-Holsteins, merkte Christian Dirschauer (SSW) an. Von der Regierung erwarte er konkrete Vorschläge jenseits des Nationalparks und auch entsprechende Haushaltsmittel.



Öffentliches Für und Wider: Tourismus-Vertreter und zahlreiche Kommunalpolitiker wandten sich gegen einen Nationalpark, etwa Anfang September auf Fehmarn (li.). Mitglieder des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) machten sich Mitte September vor dem Landeshaus für das Projekt stark (re.).

Unterbringung von Flüchtlingen bleibt große Herausforderung

Bis zum Jahresende werden Land und Kommunen voraussichtlich weitere 5.300 Asylsuchende sowie 1.500 Ukraine-Flüchtlinge unterbringen müssen. Das hat Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) Mitte Oktober vor dem Landtag dargelegt. Schleswig-Holstein habe 2023 bis zu diesem Zeitpunkt bereits rund 6.600 Asylbewerber aufgenommen, so die Ministerin, dazu kämen seit Kriegsausbruch rund 35.000 Menschen aus der Ukraine.

Touré verwies auf den Migrationsgipfel von Land und Kommunen wenige Tage vor der Plenardebatte, der „pragmatische und nachhaltige Lösungen“ gebracht habe. Demnach will das Land die Kapazität seiner Unterkünfte auf 10.000 erhöhen. In Kiel, Neumünster und Glückstadt sollen weitere Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen. Die

Ankündigungsfrist für die Verteilung der Flüchtlinge auf die Kreise soll wieder von drei auf vier Wochen steigen. Zudem sollen Flüchtlinge mit schlechter Bleibeperspektive nicht mehr auf die Kreise aufgeteilt werden. Über Weihnachten und Neujahr soll es keine Verteilung an Kreise und Städte geben.

Aus der Opposition kam scharfe Kritik. „Die Aufstockung war überfällig und bitter nötig“, so Bernd Buchholz (FDP), hätte aber „viel früher erfolgen müssen“. „Die Atempause wird maximal bis zum Jahresende halten“, sagte Serpil Midyatli (SPD). Sie griff Touré direkt an: „Eine verantwortungsvolle Ministerin würde die Anzahl der Landesunterkunftsplätze auf 15.000 erhöhen“ und hätte „die Geflüchteten mit geringer Bleibeperspektive erst gar nicht in die Kommunen umverteilt“.



Vor Beginn der Oktober-Sitzung demonstrierten Landespolitiker gemeinsam mit den Spitzen der jüdischen Landesverbände die Solidarität Schleswig-Holsteins mit Israel.

Landtag verurteilt Terroristen und ihre Unterstützer

Der Landtag hat die Angriffe der Terrororganisation Hamas auf Israel „auf das Schärfste“ verurteilt. Die Attacken mit Bodenangriffen, Artillerie und Raketen, die tausende Opfer gefordert haben, seien ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, das gegen die israelische Zivilbevölkerung gerichtet sei und das auf die Vernichtung des Staates Israel abziele. Es sei daher „das völkerrechtlich verbrieftete Recht Israels, sich gegen den Terror zu verteidigen“. So heißt es in einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen, den das Parlament in einer Aktuellen Stunde zu Beginn der Oktober-Tagung einstimmig beschlossen hat.

Auch die Pro-Hamas-Demonstrationen in mehreren deutschen Städten als Reaktion auf die Terrorangriffe wurden scharf verur-

teilt. „Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass nicht wenige Muslime in Deutschland ein antisemitisches Weltbild haben“, sagte Christopher Vogt (FDP) in der Debatte. Lars Harms (SSW) kritisierte den Zentralrat der Muslime. Dieser habe den Terrorismus relativiert – mit seinem Appell an „alle Seiten, die Kampfhandlungen einzustellen“. Diese „Gleichsetzung Israels und der Hamas“ sei „milde gesagt zynisch“, so Harms. „Wir müssen uns noch viel stärker damit auseinandersetzen, wie wir gegen sogenannten importierten Judenhass vorgehen“, merkte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) an. Es mache ihn „fassunglos und wütend“, dass es in Deutschland Menschen gebe, „die diese Angriffe feiern und verherrlichen“.

Zudem fordern die Abgeordneten in ihrer gemeinsamen Erklärung: „Deutsche Hilfs-

gelder für die Palästinensergebiete, insbesondere den Gazastreifen, müssen kritisch überprüft werden.“ Die humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung dürfe „nicht dazu genutzt werden, die Machtbasis der Hamas zu stärken“, betonte Tobias Koch (CDU). Lasse Petersdotter (Grüne) lobte Bildungsministerin Karin Prien (CDU), die sich dafür ausgesprochen hatte, die Nahost-Problematik verstärkt an den Schulen zu behandeln: „Schülerinnen und Schüler müssen sich mit diesem Thema auseinandersetzen, so komplex es auch ist.“ SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller mahnte: „Wir müssen uns auch in Schleswig-Holstein darauf vorbereiten, dass Deutschland in diesen Krisen künftig mehr Verantwortung übernehmen muss.“ Das gelte „für unsere Bereitschaft, die Bundeswehr zu stärken“, für die Wehrindustrie und auch für die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen.

Rückkehr zu G9: Warnung vor hohen Kosten

Was kostet die Rückkehr zum G9-Abitur? Im Jahr 2026 wird die Zeit des Turbo-Abis G8 an Schleswig-Holsteins Gymnasien zu Ende gehen – und die Schulen müssen einen zusätzlichen Jahrgang betreuen. Das könnte teuer werden, befürchtete im Oktober die SPD, denn es würden neue Räume und mehr Ausstattung benötigt. Der Abgeordnete Martin Habersaat verwies auf ein Gutachten aus Nordrhein-Westfalen und ging von einem

Bedarf von etwa 800.000 Euro pro Schule aus. Eine genaue Auflistung der Kosten sei auch in Schleswig-Holstein nötig.

Das Land werde die Extra-Kosten schultern, entgegnete Bildungsministerin Karin Prien (CDU), falls „in Einzelfällen“ zusätzliche Räume und Ausstattung nötig seien. Eine entsprechende Richtlinie sei mit den Kommunalen Landesverbänden verabredet

und werde in Kürze in Kraft treten. Dann könnten die Schulträger ihren individuellen Bedarf anmelden. Malte Krüger (Grüne) blickte auf die Geschichte des G8-Abiturs, das 2009 mit viel Vorschusslorbeeren an den Start gegangen war, das jedoch auf breite Kritik stieß, und das 2017 wieder einkassiert wurde: „Wir hätten die Kosten, die durch das Hin und Her zwischen G8 und G9 entstanden sind, besser verwenden können.“

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

Volksinitiative gegen Einschnitte bei Bürgerbeteiligung: Eine Volksinitiative fordert, die im März beschlossenen Einschränkungen bei Bürgerbegehren zurückzunehmen. Das Anliegen wird nun Thema im Landtag, nachdem das Bündnis binnen fünf Monaten 27.595 Unterschriften gesammelt und Ende September an das Parlament

übergeben hat. Insgesamt sind mehr als 50 Institutionen beteiligt. Die Vertrauenspersonen sind die SPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli, Claudia Bielfeldt (Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND) und Claudine Nierth (Verein Mehr Demokratie). Die Initiative hätte ein Jahr Zeit gehabt, um die erforderlichen 20.000 Unterschriften zusammenzubekommen.

schlossen, für die in der Kommunalvertretung eine Zweidrittelmehrheit nötig war. Zudem müssen Bürgerbegehren gegen einen Beschluss einer Kommunalvertretung binnen drei Monaten erfolgen. Die Koalition begründete ihr Vorgehen mit dem Ziel, Baugenehmigungen für Schulen, Krankenhäuser, Wohnhäuser und Windräder zu beschleunigen.



Mit dem umstrittenen und von den Oppositionsfractionen FDP und SSW beklagten Gesetz der schwarz-grünen Koalition wurden Bürgerbegehren gegen Bauleitplanungen ausge-

Der Landtag muss nun innerhalb von vier Monaten die Gültigkeit der Initiative prüfen und entscheiden, ob er die Einschränkungen zurücknimmt. Sollte das Parlament dies nicht tun und kein Kompromiss gefunden werden, kann ein Volksbegehren starten. Um einen Volksentscheid herbeizuführen, müssten 80.000 Unterschriften gesammelt werden. (s. Landtagszeitschrift 01/23)

Kommunale Wärmenetze: Der Landtag hat im September Investitionen in den Bau von kommunalen Wärmenetzen mit Bürgschaften von bis zu zwei Milliarden Euro abgesichert. Der Vorstoß von Schwarz-Grün traf bei allen anderen Fraktionen auf Zuspruch. Die Maßnahme war Teil des Nachtragshaushalts (siehe S. 18). Kommunen, kommunale Versorger und weitere Träger können die Bürgschaften im Rahmen des Programms „Wärmenetze Schleswig-Holstein“ in Anspruch nehmen. Diese Absicherung hatte das Land den Kommunen beim sogenannten Wärmegipfel im Mai in Aussicht gestellt. Die Landesregierung rechnet eigenen Angaben zufolge mit ersten Inanspruchnahmen der Bürgschaft nicht vor dem Jahr 2026. Es gehe darum, die Kommunen für anstehende Herausforderungen fit zu machen, so Finanzministerin Monika Heinold (Grüne): „Da werden große Brocken aus Berlin auf uns zukommen, die kommunal finanziert werden müssen.“

Planungs- und Genehmigungsverfahren: Die Planungen für öffentliche Projekte, etwa Bau- und Infrastrukturvorhaben, müssen künftig auch digital einsehbar sein. Das sieht eine Änderung des Landesverwaltungsgesetzes vor, den alle Fraktionen im September gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Nun berät der Innen- und Rechtsausschuss.

Konkret ist vorgesehen, dass öffentliche Bekanntmachungen ab dem 1. Januar 2024 auch ins Internet gestellt werden müssen. Gleiches soll für die Bereitstellung von Planungsunterlagen gelten. Konsultationen mit Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit können künftig auch als Video- oder Telefonkonferenz erfolgen. Zudem sollen das elektronische Behördensiegel sowie sichere elektronische Postfächer eingerichtet werden. Diese Regelungen waren bereits während der Corona-Pandemie in Kraft und sollen nun dauerhaft gelten. Der Landtag folgt damit entsprechenden Gesetzesergänzungen auf Bundesebene.

Lokalradios: Der SSW hat im Oktober vergeblich Landesgeld für die nicht kommerziellen Radiostationen „Freies Radio Fratz Flensburg“ und „Freies Radio Neumünster“ gefordert. Die Sender bräuchten Hilfe, so Fraktionschef Lars Harms, weil die gleichzeitige Ausstrahlung auf UKW und DVB-T teuer sei. Nur die SPD unterstützte den Plan. Hermann Junghans (CDU) begründete das Nein der Koalition damit, es gebe dringlichere Themen – „bei aller Sympathie für das Anliegen“. Auch die FDP reagierte ablehnend.

Bei den beiden Sendern gestalten Ehrenamtler das Programm, Mittel für Technik und Räumlichkeiten kommen von der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein und den Kommunen.



Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

Kapitel HSH Nordbank nach 20 Jahren geschlossen

Sie sollte ein Meilenstein bei der Annäherung der beiden Nordländer werden und endete als enorme Belastung für die öffentlichen Haushalte: die HSH Nordbank, 2003 aus den Landesbanken von Schleswig-Holstein und Hamburg hervorgegangen. Nun wurde dieses Kapitel beendet.

2009 geriet die HSH im Zuge der weltweiten Finanzkrise in die Schieflage. Die beiden Länder sprangen ihr mit Milliardenbürgschaften zur Seite. Ende 2015 richteten die Länder eine „Bad Bank“ ein, um faule Kredite für den Bau von 253 Schiffen mit einem Volumen von 4,1 Milliarden Euro zu veräußern: die „hsh portfoliomanagement AöR“. Damit sollte die Bank zukunftsfest gemacht werden, die HSH-Schulden verblieben bei den öffentlichen Kassen.

Der Landtag stimmte dem entsprechenden Staatsvertrag im Dezember 2015 nach kontroverser Debatte mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW zu. „Es schmerzt, dass wir in den nächsten Jahren vermutlich viel Geld für Altlasten der Bank zahlen müssen“, gestand Finanzministerin Monika Heinold (Grüne): „Wir alle hätten es lieber an anderer Stelle ausgegeben.“ Die Alternative, die Abwicklung der HSH, wäre aber noch teurer geworden, so Heinold. CDU, FDP und Piraten stimmten dagegen. CDU-Fraktionschef Tobias Koch sprach von einem „Blankoscheck für die Einrichtung eines Schattenhaushalts“.

Ende Juni dieses Jahres kündigten die beiden Landesregierungen das Ende der „hsh portfoliomanagement AöR“ an. Alle Schiffskredite

seien verkauft worden, die Schlussbilanz sei ein Gewinn von rund 380 Millionen Euro. Insgesamt habe die HSH die beiden Landeshaushalte aber seit 2003 mit 9,2 Milliarden Euro belastet. „So bitter die Verluste aus dem Desaster der HSH Nordbank waren, so erfreulich ist das Ergebnis aus dem Verkauf des Schiffsportfolios“, sagte Finanzministerin Heinold. Die HSH wurde 2018 privatisiert und heißt heute „Hamburg Commercial Bank“.



Der damalige Sitz der HSH Nordbank in der Kieler Innenstadt: Mit der Finanzkrise 2009 wechselte die Ampel auf die Alarmfarbe Rot.

100 Millionen Euro für die Munitionsentsorgung

Mehrfach hatte sich die Landespolitik in den vergangenen Jahren dafür stark gemacht, die rund 1,6 Millionen Tonnen versenkte Weltkriegsmunition in Nord- und Ostsee zu bergen – zuletzt im August 2021. Jetzt kommt Bewegung in die Sache.

Spreng- und Giftstoffe aus rostigen Munitionskörpern könnten ins Meer gespült werden, so der damalige Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne): „Dort wiederum werden sie von Meeresorganismen aufgenommen und gelangen am Ende möglicherweise auf unsere Teller.“ Der CDU-Abgeordnete Heiner Rickers beschrieb das Ausmaß des Problems: „Wenn wir einen Güterzug mit einem Fassungsvermögen von circa 70 Tonnen pro Waggon mit diesen Kampfstoffen beladen würden, würde dieser Güterzug von Kiel bis Hannover reichen.“ Sandra Redmann (SPD) sprach von einer „Gefahr für die Meeresumwelt, die Fischerei, die Strandbesucher und -besucherinnen, den Tourismus“.

Nun rückt eine Lösung des Problems näher. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) berichtete bei einem Besuch an der Ostsee Anfang September von 100 Millionen Euro, die das Bundeskabinett für diesen Zweck bereitgestellt hat. Für 30 Millionen Euro soll im kommenden Jahr ein Pilotprojekt finanziert werden, bei dem an verschiedenen Stellen unterschiedliche Bergungsmethoden getestet werden. Für 70 Millionen Euro soll eine Entsorgungsplattform finanziert werden, wo die gehobene Munition ab 2025 vernichtet werden kann.

Integrationsbeirat: Opposition mahnt mehr Tempo an

Im Juni 2021 hatte der Landtag mit den Stimmen der damaligen Jamaika-Koalition das Integrations- und Teilhabegesetz beschlossen. Ein Kernpunkt sei aber noch nicht umgesetzt, moniert nun die Opposition.

Das Gesetz dient dem Zweck, „klare Integrationsziele festzulegen“ und die dafür notwendigen „Maßnahmen und Instrumente“

zu regeln. Ein Punkt: Im Sozialministerium soll ein Integrationsbeirat eingerichtet werden. Der Beirat soll aus Vertretern der Kommunen sowie aus Menschen mit Migrationshintergrund bestehen, die angehört werden sollen, wenn die Landesregierung Initiativen in diesem Bereich plant.

Zwei Jahre später gebe es den Integrationsbeirat aber immer noch nicht, klagte

Ende August Bernd Buchholz (FDP). Er rief Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) auf, die „durch den Gesetzgeber übertragenen Aufgaben“ zu erfüllen. Die Landesregierung verweigere Menschen mit Migrationshintergrund die politische Teilhabe, so Lars Harms (SSW). Ein Sprecher des Sozialministeriums betonte, das Vorhaben sei in der Umsetzung. Die konstituierende Sitzung werde für den Herbst vorbereitet.

Daniel Günther, Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter, ist auf einem Parteitag in Neumünster Anfang Oktober in seinem Amt als CDU-Landesvorsitzender bestätigt worden, das er seit 2016 ausübt. Die Nord-CDU wählte den Stormarner Landtagsabgeordneten **Lukas Kilian** in das Amt des Generalsekretärs, das er schon seit Januar kommissarisch ausgeübt hatte. Zudem wurden die Bildungsministerin und Landtagsabgeordnete **Karin Prien**, der ehemalige Landtagsabgeordnete und jetzigen Wirtschaftsstaatssekretär **Tobias von der Heide** sowie die ehemalige Landtags- und jetzige Bundestagsabgeordnete **Petra Nicolaisen** zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Christian Dirschauer, seit 2020 für den SSW im Landtag, ist auf einem Parteitag Anfang Oktober in Schleswig als Landesvorsitzender bestätigt worden. Zudem wurde der langjährige Parteivorsitzende und Landtagsabgeordnete **Flemming Meyer** zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Marjam Samadzade, Sozialministerin, wird zum 31. Dezember aus ihrem Amt ausscheiden und zum 1. Januar den Dienst in der Hamburger Justiz aufnehmen. Ressortchefin Aminata Touré (Grüne) hatte Anfang Juli mitgeteilt, Samadzade werde als Staatssekretärin aufhören, seit Ende August ist der Zeitpunkt des Wechsels bekannt. Die Nachfolge stand bis zum Redaktionsschluss nicht fest.



Torsten Albig, Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter von 2012 bis 2017, arbeitet seit Anfang September für den Tabakkonzern Philip Morris in Gräfelfing bei München. Er bekleidet dort den Posten des Director External Affairs. Zuvor war der SPD-Politiker für die Deutsche Post DHL in Brüssel tätig.

Klaus Jensen, von 2012 bis 2022 für die CDU im Landtag, wurde Mitte Oktober in Leck zum Vorsitzenden des Fördervereins des dortigen Zentrums für Niederdeutsch gewählt.

Matthias Badenhop, von 2017 bis 2022 Staatssekretär im Sozialministerium, ist neues Mitglied des Landesrechnungshofs. Der Landtag stimmte dem Ernennungsvorschlag der Landesregierung Ende September einstimmig zu.

Wolfgang Schmidt, langjähriger Landeshauskorrespondent der Deutschen Presseagentur (dpa), ist im Oktober in den Ruhestand gegangen. Landtagspräsidentin Kristina Herbst dankte dem Journalisten für die „stets faire Zusammenarbeit“. Der gebürtige Rostocker berichtete ab 1993 über die schleswig-holsteinische Landespolitik. Seit 2003 war er Leiter des Kieler dpa-Büros.

Michael Legband, langjähriger Landeshauskorrespondent, ist Mitte September mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Der TV- und Print-Journalist, der zuletzt als Pressesprecher der Industrie- und Handelskammer tätig war, erhielt die Auszeichnung für seinen jahrzehntelangen Einsatz für die Erinnerungskultur, gegen Vergessen und gegen den Rechtsextremismus.

Runde Geburtstage

Renate Gröpel aus Lübeck, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 3. Juli ihren 75. Geburtstag gefeiert.



Frauke Tengler aus Eggebek (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1996 bis 2009 für die CDU im Landtag, von 2005 bis 2009 Landtagsvizepräsidentin, hat am 11. September ihren 75. Geburtstag gefeiert.



Veronika Kolb aus Epenwörden (Kreis Dithmarschen), von 2002 bis 2005 für die FDP im Landtag, hat am 16. September ihren 75. Geburtstag gefeiert.



Sabine Hamer aus Barmstedt (Kreis Pinneberg), von 1988 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 13. Juli ihren 70. Geburtstag gefeiert.



Jutta Scheicht aus Lübeck, von 2000 bis 2005 sowie von 2008 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 27. August ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!



Trauer um Ingrid Olef

Zu Beginn der September-Tagung hat der Landtag an Ingrid Olef erinnert. Die Sozialdemokratin war am 23. August im Alter von 83 Jahren verstorben.

Die Schlossergesellin und Technische Angestellte, 1939 in Dresden geboren, gehörte dem Parlament von 1992 bis 1996 an und vertrat dort den Wahlkreis Segeberg-West. Außerdem war sie jahrzehntlang kommunalpolitisch aktiv, als Mitglied des Segeberger Kreistages und als Gemeindevertreterin und Gleichstellungsbeauftragte in ihrem Heimatort Trappenkamp.

„Ingrid Olef war eine starke, eine kämpferische Frau, die sich mit hellwachem Verstand einmischte“, so Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Die „inhaltliche Auseinandersetzung um den besten Weg für unser Land“ sei für Ingrid Olef „politische Tugend und demokratische Kardinalpflicht“ gewesen. Für ihr Engagement wurde Ingrid Olef mit dem Bundesverdienstkreuz und der Freiherr-vom-Stein-Medaille ausgezeichnet.

Seniorenvertreter wollen Pflegeheimbewohner finanziell entlasten

Angesichts des demografischen Wandels und steigender Betreuungskosten fordert das schleswig-holsteinische Altenparlament eine Reform der Pflegeversicherung. Die rund 80 Delegierten aus Verbänden, Seniorenräten, Gewerkschaften und Parteien machen sich für eine „solidarische Pflegevollversicherung“ stark, in die auch Beamte und Selbständige einzahlen. Bereits zum Jahresbeginn 2025 soll der Systemwechsel vonstattengehen. Der Eigenanteil der Heimbewohner soll zudem gedeckelt werden. Dies sind zwei von 53 Beschlüssen, die Ende September im Plenarsaal gefasst wurden.

Das Altenparlament tagt seit 1989 einmal im Jahr. Bei dieser 35. Auflage wurde auch eine Pflegeprognoseformel gefordert: Kommunalverwaltungen sollen sich schon jetzt auf einen wachsenden Bedarf einstellen, falls die Zahl der Über-60-Jährigen absehbar bis 2030 über einem Viertel der Einwohnerzahl liegt. Frühzeitige „blutige“ Krankenhausentlassungen nach Operationen werden angeprangert und ein „verbindliches und gesichertes Entlassmanagement“ vorgeschlagen. Außerdem wird die Landespolitik mit Blick auf die aktuellen Engpässe aufgerufen, eine lückenlose Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten sicherzustellen.

Bahnhöfe und Bushaltestellen sollen „schnellstmöglich“ barrierefrei werden und der ÖPNV im



Rund 80 Vertreter aus Sozialverbänden, Seniorenräten, Gewerkschaften und Parteien aus ganz Schleswig-Holstein bilden alljährlich das Altenparlament.

ländlichen Raum ausgebaut werden. Auch das „selbstbestimmte Wohnen“ in genossenschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnangeboten ist Teil des Forderungskatalogs. Zum Schutz vor Altersdiskriminierung wird eine Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ins Spiel gebracht – die derzeitigen Höchstaltersgrenzen beim Ehrenamt und bei Schöffn, die Benachteiligung Älterer bei der Wohnungssuche und die Verweigerung medizinischer Maßnahmen aufgrund des Alters seien alltägliche Probleme. Auch ein neuer „Landesbeauftragter für ältere Menschen“ soll sich dieser Thematik annehmen. Und: Rentner sollen einen einmaligen „Inflationsausgleich“ von 3.000 Euro erhalten.

„Wertvolle Impulse für die Politik“

Es gehe darum, die Politik „angesichts der sich deutliche ändernden Altersstruktur zum Handeln anzuregen“, betonte der Präsident der diesjährigen Veranstaltung, Michael Hollerbuhl aus Wasbek (Kreis Rendsburg-Eckernförde), der die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände vertritt. Das Altenparlament liefere „wertvolle Impulse für die Arbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages“, unterstrich Parlamentsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering in ihrer Begrüßung. Die Mitglieder im Alter von 60 bis 85 Jahren forderten zurecht Selbstbestimmung und Teilhabe ein: „Selbstbestimmung hat keine Altersgrenze, und demokratische Teilhabe darf keine Altersfrage sein.“

Das diesjährige Fachreferat hielt Hanne Schweitzer, Leiterin des Kölner Büros gegen Altersdiskriminierung. Sie warnte davor, dass die „Ruhestandsbrücken“ vom Erwerbsleben ins Rentenalter nicht ins „tiefe Tal der Langeweile“ führen dürften. Ältere Menschen seien sowohl im Beruf als auch im Ehrenamt unverzichtbar, um die Lücken zu füllen, die der „bröckelnde Sozialstaat“ hinterlassen habe.

Die Beschlüsse des Altenparlaments werden nun den Fraktionen, den Landesministerien sowie den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten vorgelegt. Deren Stellungnahmen bilden die Basis für ein Abschlussgespräch im kommenden Frühjahr.



Das Altenparlament fasste seine Beschlüsse in einer zweistündigen, engagierten Plenardebatte, nachdem die Anregungen an die Politik zuvor in drei Arbeitskreisen vorbereitet worden waren.

Kreise, Halbkreise, Rechtecke und das „Pathos der Nüchternheit“

Auch in diesem Jahr war der Landtag bei der Kieler Museumsnacht dabei. Rund 1.150 Gäste kamen an einem Freitagabend Ende August ins Landeshaus, wo es Ausstellungen, eine Kinovorführung, Polit-Talks und eine humoristische Tour durchs Gebäude gab. Auch der Kölner Staatsrechtler Prof. Christoph Schönberger war nach Kiel gekommen. Im Plenarsaal stellte er sein Buch „Auf der Bank – die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments“ vor, in dem er den Aufbau von Tagungssälen vergleicht und erläutert. Zuvor gab er der Landtagszeitschrift ein Interview.

Herr Prof. Schönberger, wir sitzen im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtages, es ist Ihr erster Besuch in diesem Haus und in diesem Saal. Wie ist Ihr Eindruck?

„Der Saal ist sehr eindrucksvoll, insbesondere durch seine landschaftliche Einbindung mit Blick auf die Kieler Förde. Ich habe noch keinen Plenarsaal gesehen, der einen so schönen Ausblick bietet.“



Christoph Schönberger, Jahrgang 1966, ist seit 2020 Professor für Staatsrecht, Staatsphilosophie und Recht der Politik sowie Direktor des Seminars für Staatsphilosophie und Rechtspolitik an der Universität Köln. Zuvor war der gebürtige Saarländer in Berlin, Freiburg und Konstanz tätig. In seinem 2022 im C.H. Beck Verlag erschienenen Buch „Auf der Bank. Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments“ beschreibt er die räumliche Vielfalt von Plenarsälen.

Wenn Sie diesen Saal mit dem Bundestag in Berlin vergleichen – wo sehen Sie Unterschiede?

„Der wesentliche Unterschied ist, dass es sich hier um einen runden Plenarsaal handelt. Das gibt es auf der Landesebene ja häufiger, wir haben inzwischen sieben Landtage, die in runder Form tagen. In Berlin hat man hingegen eine elliptische Form gewählt und sich ganz bewusst gegen das Rund entschieden. Vor dem Umzug nach Berlin im Jahr 1999 hatte auch der Bundestag in Bonn zuletzt seit 1992 in runder Form getagt, im sogenannten Behnisch-Bau, der heute als Kongresszentrum genutzt wird. Man war aber in dem runden Saal aus verschiedenen Gründen nicht glücklich und ist deswegen zu einer elliptischen Form übergegangen, also einem stärkeren Gegenüber von Präsidium und Regierung auf der einen Seite und Plenum auf der anderen Seite.“

Sie üben Kritik an dem Berliner Saal. Sie schreiben, der Aufbau des Bundestages mit der „hervorgehobenen Randlage“ der Regierungsbank sei eine „Hinterlassenschaft des Deutschen Kaiserreichs“. Können Sie das erläutern?

„Das aktuelle Berliner Design stammt seiner Anlage nach aus dem Reichstag des Kaiserreichs. Dort saßen die Abgeordneten bereits im Halbkreis, und ihnen gegenüber war ein erhöhtes Präsidium. Links und rechts davon war damals die Regierungsbank mit sehr vielen Plätzen und großer Distanz zum Plenum, auch ausgedrückt durch den erheblichen Höhenunterschied. Im Laufe der Zeit wurde das Berliner Design zwar modernisiert, geblieben ist aber die starke Distanz zwischen Regierung und Parlament. Diese Distanz finde ich problematisch in einem parlamentarischen

Regierungssystem, wo die Regierung ja aus der Parlamentsmehrheit hervorgeht.“

Sie schreiben, diese hervorgehobene Position des Bundeskanzlers und seiner Minister „belastet“ das Verhältnis von Parlament und Regierung – inwiefern?

„Weil es die Kommunikation insbesondere zwischen der Opposition und der Regierung erschwert. Der Oppositionsredner, der am Rednerpult steht, hat die Regierung nicht im Blick, wenn er sie kritisieren will. Er muss sich nach hinten oder zur Seite drehen und damit von seinem natürlichen Publikum abwenden. Es gibt kein kommunikatives Geben und Nehmen, es findet keine ungezwungene Interaktion zwischen dem Redner und den Regierungsvertretern statt. Das stört.“

Worin bestehen die wesentlichen Unterschiede zwischen Deutschland und anderen westlichen Demokratien?

„Die Briten organisieren das direkte Gegenüber von Regierung und Opposition in der uralten rechteckigen Form, die aber ansonsten nur in Parlamenten im Rahmen des Commonwealth praktiziert wird. Auch in den anderen westlichen Demokratien ist zumeist ein Gegenüber von Regierung und Regierungsmehrheit einerseits, Opposition andererseits angelegt. Nehmen Sie etwa die französische Nationalversammlung in Paris: Da sitzt die Regierung in der ersten Reihe des Halbkreises. Wenn der Redner am erhöhten Rednerpult steht, blickt er hinunter zur Regierung und kann sie direkt kritisieren. In Italien befindet sich die Regierungsbank sogar direkt vor dem Präsidium. Die Redner sprechen vom Platz aus und schauen hinab auf die Minister.“

Der Bundestag und auch der Kieler Landtag beraten in betont nüchterner Atmosphäre – verglichen etwa mit dem Prunk in Italien und Frankreich oder den altmodischen Zeremonien im britischen Parlament. Ist das typisch deutsch?

„Es ist heute typisch deutsch, hat aber bereits Wurzeln im 19. Jahrhundert. Bereits der



Eine „Arena“ in Rom – für Prof. Schönberger einer der gelungensten Plenarsäle weltweit: der Sitzungssaal der italienischen Abgeordnetenkommer

Plenarsaal des Reichstags des Kaiserreichs war vergleichsweise nüchtern gehalten. Äußerlicher Pomp und Prunk findet sich eher nicht in deutschen Plenarsälen. Was aber nicht heißt, dass diese Plenarsäle nicht eine starke symbolische Aussage haben, möglicherweise auch gerade, indem sie eine Art Pathos der Nüchternheit ausstrahlen.“

Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Rolle einer Plenarsitzung in der heutigen Zeit? Ist sie noch zeitgemäß? Werden TV-Talkshows oder Social-Media-Kanäle nicht viel mehr beachtet als klassische Plenardebatten?

„Es ist heute sicherlich schwieriger geworden, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Aber ein Parlament ohne Plenum ist kein Parlament. Das Besondere an Parlamenten ist ja gerade, dass sie Debatte und Entscheidung zusammenführen. Und der Ort, wo das geschieht, ist eben das Plenum. Dort wird förmlich entschieden, und dort wird gleichzeitig über das, was entschieden wird, kommuniziert. Das kann man gar nicht trennen. Wenn wir also die Plenardebatte für tot erklären, dann erklären wir eigentlich die Parlamente für tot.“

Besucher auf der Tribüne empfinden Plenarsitzungen oft als steifes Ritual:

Ein Mensch steht hinter einem Pult und doziert, während alle anderen mehr oder weniger brav dasitzen und zuhören. Ist das noch zeitgemäß? Oder gäbe es Alternativen?

„Da gibt es mit Sicherheit Alternativen. Es ist ja paradox: Wir sitzen hier in einem runden Plenarsaal, der gerade wegen seiner kommunikativen Vorteile gewählt wurde, aber dieser Vorteil ergibt sich natürlich erst dann, wenn vom Platz aus gesprochen wird. Wenn Sie einen runden Plenarsaal bauen, aber gleichzeitig nur vom Rednerpult aus sprechen, dann nutzen Sie die Vorteile, die der Raum bietet, nicht aus.“

Der Bundestag und auch die Landesparlamente diskutieren immer wieder über Reformen der Geschäftsordnung: kürzere Redezeiten, mehr Dialog durch Zwischenfragen und Kurzinterventionen. Was halten Sie von diesen Vorstößen? Haben Sie weitere Ideen?

„Am wichtigsten wäre es, ein Stück Spontaneität reinzubringen. Ich denke etwa an Regierungsbefragungen. Wie lange hat es im Bundestag gedauert, bis eine Kanzlerbefragung eingeführt wurde? 2018 war die erste. Da haben wir in Deutschland starken Nach-

holbedarf. Wenn die Regierungsmitglieder, die ja in der Öffentlichkeit sehr bekannt sind, spontaner ins Gespräch gezogen werden, dann wird auch die Aufmerksamkeit größer.“

Was ist Ihr persönlicher Lieblingsaal weltweit?

„Ich habe zwei. Der eine liegt in Rom, im Palazzo di Montecitorio, dem Haus der italienischen Abgeordnetenkommer. Es handelt sich um eine Art Arena, und die Regierungsbank liegt vor dem Präsidium im Zentrum des Saales. Da, wo früher die Löwen waren, sitzt heute die Regierung. Dort findet eine Form von kommunikativer Interaktion statt, die man sich bei uns schwer vorstellen kann. Das hat viel mit der Lebhaftigkeit der Italiener zu tun, aber auch mit dem räumlichen Design. Mein zweiter Lieblingsaal ist der Saal der französischen Nationalversammlung im Palais Bourbon in Paris. Dieser Saal hat eine ansteigende Theaterform. Die Regierung sitzt in der ersten Reihe und ist gewissermaßen Teil des Parlaments. Die Regierungsmitglieder werden vom Redner, der erhöht steht, von oben angesprochen. Dort gibt es eine Form von Interaktion, die sozusagen in den Saal eingelassen ist.“

Interview: Karsten Blaas

175 Jahre Staatsgrundgesetz

„Ein Meilenstein unserer demokratischen Geschichte“

In den Revolutionsjahren 1848/49 trotzten aufständische Bürger ihren Monarchen europaweit Verfassungen ab, auch in Schleswig-Holstein und in Dänemark. Zum 175. Jubiläum des „Schleswig-Holsteinischem Staatsgrundgesetzes“ lud der Landtag Anfang September zu einer Feierstunde.

Rückblende: Im März 1848 bildete sich in Kiel eine provisorische Regierung der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Die beiden Territorien sollten zusammenbleiben, lautete eine Kernforderung – und sich aus dem dänischen Staatsverband lösen und Richtung Deutschland orientieren. Deutschgesinnte wehrten sich gegen eine Angliederung Schlesiens an das Königreich Dänemark und traten zugleich für Menschen- und Bürgerrechte ein. Mit ihrem Beharren auf der Einheit Schleswig-Holsteins hatten die Aufständischen das Recht auf ihrer Seite, betonte Landtagsdirektor Prof. Utz Schliesky in seinem Vortrag. Es habe sich um eine „legale Revolution“ gehandelt. Den „eigentlichen revolutionären Akt“ bildete aber die Verabschiedung des Staatsgrundgesetzes am 15. September 1848 in Rendsburg, beschlossen von einer frei gewählten Landesversammlung.

Es bot den Schleswig-Holsteinern ein „Füllhorn nicht gekannter Rechte“, so Schliesky: Gleichheit vor dem Gesetz, gerechte Steuern, Schutz des Eigentums, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit. Zudem betonte das Grundgesetz die Treue zum dänischen König, der zugleich Herzog von Schleswig und von Holstein war.

Der Macht des Monarchen wurde aber ein „Parlamentsvorbehalt“ entgegengesetzt, unterstrich Schliesky: „Die Zeit des Absolutismus war vorbei.“ Die neue Verfassung blieb nur bis Februar 1851 in Kraft. Dann wurde die Schleswig-Holsteinische Erhebung vom dänischen Königsheer niedergeworfen.

Ereignisse in Schleswig-Holstein hatten Auswirkungen in Kopenhagen

Die dänische Sicht beleuchtete der Historiker Prof. Jes Fabricius Møller von der Universität Kopenhagen. In der dänischen Hauptstadt galt die Erhebung der Schleswig-Holsteiner als „Aufruhr“, der die Sicherheit des Landes bedrohte. Eine „parallele Bewegung“ bildete sich, die ebenfalls politische Mitsprache bei Haushalt und Gesetzgebung forderte und zugleich die Eingliederung des Herzogtums Schleswig in das Königreich anpeilte. Die Kopenhagener Bürger rangen dem König im Juni 1849 das „Grundlov“ („Grundgesetz“) ab. „Es wird oft vergessen, dass die dänische Verfassung während eines Bürgerkriegs verabschiedet wurde“, berichtete Fabricius Møller: „Dänen erzählen gerne eine Geschichte von der friedlichen Revolution in Kopenhagen 1848/49, aber die Entstehung und der Werdegang der Verfassung sind eng mit dem Krieg verbunden.“

Das dänische „Grundlov“ ist heute größtenteils noch in Kraft, während das Schleswig-Holsteinische Staatsgrundgesetz in Vergessenheit geraten sei, beklagte Schliesky. Er rief dazu auf, die damalige Verfassung „mit Selbstbewusst-



Die Titelseite der gedruckten Ausgabe des Staatsgrundgesetzes von 1848. Artikel 1 lautet: „Die Herzogtümer Schleswig-Holstein sind ein einiger, untrennbarer und untheillbarer Staat.“ Artikel 3 besagt: „Die Herzogtümer Schleswig-Holstein sind ein Bestandtheil des Deutschen Staatsverbandes.“

sein und Stolz“ als Teil der eigenen Identität zu begreifen.

In Ihrer Begrüßung sprach auch Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering von einem „Meilenstein unserer demokratischen Geschichte“. Sie stellte den Bezug zur Gegenwart her: „Demokratie, Freiheit und nationale Selbstbestimmung in Europa – heute, mit dem Abstand von 175 Jahren, können wir feststellen, dass das keine Gegensätze mehr sind.“ Deutschland und Dänemark garantierten heute die gleichberechtigte politische Teilhabe von nationalen Minderheiten. „Sonst stünde ich jetzt nicht als Landtagsvizepräsidentin vor Ihnen“, unterstrich die SSW-Politikerin.



Feierstunde im Plenarsaal: Am Pult der dänische Historiker Prof. Jes Fabricius Møller, links in der ersten Reihe Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering und Landtagsdirektor Prof. Utz Schliesky



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr sowie zwischen 13 und 16 Uhr geöffnet, außerdem am Freitag von 9 bis 13 Uhr. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter der Telefonnummer 0431/988-1243.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Wir verlieren unsere Kinder! Gewalt, Missbrauch, Rassismus. Der verstörende Alltag im Klassen-Chat/Silke Müller, München: Droemer Knaur, 2023. 223 S.

Standort: LTB GCP/MUEL

„Wissen Sie, was Ihr Kind auf seinem Smartphone sieht?“ Diese Frage stellt Silke Müller ahnungslosen Eltern auf Infoveranstaltungen ihrer Schule. Viele Eltern wissen nicht, dass schon Grundschulkindern Bildern voller Gewalt, Pornographie und Rassismus ausgesetzt sind. Müller ist Schulleiterin und niedersächsische Digitalbotschafterin. Sie klärt auf, welchen digitalen Bedrohungen Kinder ausgesetzt sind, und sie fordert eine zeitgemäße, an Werten orientierte Medien-Erziehung.



17. Juni 1953: Ein deutscher Aufstand/Hubertus Knabe – München: Langen Müller, 2023. Aktualisierte Neuauflage.

482 S.: Illustrationen, Karten

Standort: LTB EMPS/KNAB

Mit den Forderungen nach Freiheit und Demokratie gehört der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in die Reihe der großen revolutionären Erhebungen in Deutschland. Die Revolte wurde von sowjetischen Truppen niedergeschlagen und mündete im Aufbau eines gigantischen Sicherheitsapparates. Anhand neuester Quellen und Forschungsergebnisse erzählt Hubertus Knabe, Historiker und ehemaliger Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Geschichte einer gescheiterten Revolution. Das Buch soll dazu beitragen, die Erinnerung an das Aufbegehren gegen die SED-Diktatur wachzuhalten.



Die „Reichskristallnacht“ in Schleswig-Holstein: Der Novemberpogrom im historischen Kontext/Herausgegeben von Rainer Hering, Hamburg: University Press, 2016. 269 S.: Illustrationen

Standort: LTB EMR/REIC

Digitale Ausgabe frei verfügbar:

<https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.109.16>

In der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 wurden 1.400 Synagogen, jüdische Beträume sowie tausende Wohnungen und Geschäfte zerstört und geplündert. Mehr als 30.000 Menschen wurden in Konzentrationslager verschleppt. Der Pogrom war der Auftakt zur Verdrängung der Juden aus der Gesellschaft und zum Genozid. Angelehnt an eine vom Landesarchiv Schleswig-Holstein präsentierte Ausstellung zum 75. Jahrestag der Pogromnacht enthält dieser Band Vortragstexte und weitere Aufsätze.

Zeitschriften-Abo

„Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenfrei!

Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, wenden Sie sich bitte an:

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
L 1415**

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Fax: 0431/988-1639

bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeberin:

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Düsternbrooker Weg 70,
24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Flynn Gaedecke, Karsten Blaas, Lea Meyer, Gabriele Dorby, Michael Neubauer, Mareike Watolla, Sophia Seidel, Pino Bosesky, Janine Wergin, Holger Stöhrmann, Matthias Berger, Hermann Junghans, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Bundeswehe/Marcel Kroencke, Picture Alliance, Camera die Deputati, Hamburg University Press, Langen-Müller-Verlag, Droemer-Verlag, Shutterstock Lightspring, Filmakademie Baden-Württemberg

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639.
Fax 0431/988-1119, bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

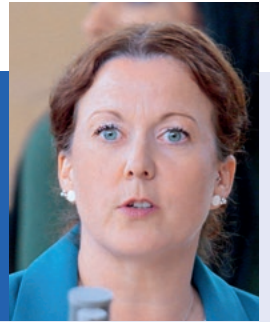
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Oktober 2023

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Die Bücher können nicht beim Landtag erworben und nicht außer Haus ausgeliehen werden.

Sybilla Nitsch, SSW

geb. am 7. Dezember 1980
in Preetz,
Lehrerin,
wohnt in Husum,
konfessionslos, verheiratet



Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ein ganz konkretes Erlebnis kann ich nicht festmachen. Aber ganz klar im Vordergrund standen für mich die Rechte der nationalen Minderheiten. Als Teil der dänischen Minderheit hatte ich im Laufe meines Lebens viele Ungerechtigkeiten erlebt, die mich politisiert haben oder das Bewusstsein verschafft haben, dass es Kräfte gibt, die meine/unsere Identität in Frage stellen. Das wollte ich ändern. Schon immer hat es mich bewegt, wenn Gruppen in der Gesellschaft auf Grund ihrer Herkunft oder anhand von Merkmalen schlechtergestellt sind. Auch hier habe ich immer den Antrieb gehabt, das Leben für alle gerecht zu gestalten.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Den afrikanske farm‘/„Jenseits von Afrika‘, Karen Blixen. In dem Roman wird eine Frau gezeichnet, die für die Zeit ungewöhnliche Aufgaben übernimmt und erfolgreich eine große Plantage bewirtschaftet. Der Roman widmet sich kritisch den Fragen der Zeit und birgt gleichzeitig wundervolle Erzählungen in sich.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Rita Süßmuth. Mein Vater hatte viele interessante Begegnungen mit ihr. Die Berichte sind mir in Erinnerung, da er und sie, aus ganz verschiedenen politischen Lagern kommend, viele Grundzüge eines Demokratieverständnisses teilten, auch in Bezug auf Gleichstellung von Frau und Mann.“

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Ich gebe es zu: mein Handy, eine Kaffeemaschine und ein gutes Buch.“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Sturheit, Kompromisslosigkeit und fehlende Demut.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Da gibt es Einiges. Bei jeder Entwicklung müssen wir darauf schauen, dass Mittel und Förderungen so gerecht wie möglich in die Fläche kommen. Seit Jahrzehnten beobachtet man ein Nord-Süd-Gefälle, zum Beispiel in der wirtschaftlichen Entwicklung. Hier muss gegen-gesteuert werden, und wir müssen die Potenziale für den nördlichen Landesteil nutzen, um die deutsch-dänische Grenzregion an der Landesgrenze zu einer Wachstumsregion zu machen. Wichtig ist auch, dass das Leben überall in Schleswig-Holstein bezahlbar bleibt. An vielen Orten ist bezahlbarer Wohnraum nicht mehr zu finden, das ist nicht hinnehmbar. Hier sind wir als Politik gefragt, die richtigen Rahmen zu setzen.“



Bernd Buchholz, FDP

geb. am 2. November 1961
in Berlin, Rechtsanwalt,
wohnt in Ahrensburg,
evangelisch, verheiratet,
zwei Kinder

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich hatte auf dem Gymnasium in West-Berlin eine Deutschlehrerin, die mit uns nicht nur Goethe, Schiller und Lessing gelesen hat, sondern die Grundphilosophien der politischen Parteien anhand der Grundsatzprogramme erörterte. Mich faszinierten die Freiburger Thesen und die aufklärerischen Grundlagen des Liberalismus bis hin zu Kant – und vor allem die Idee von der größtmöglichen Freiheit des Einzelnen, die nur durch die Freiheit der anderen begrenzt werden sollte. Und weil diese Deutschlehrerin immer sagte, dass unsere Demokratie nur funktioniert, wenn sich möglichst viele für sie engagieren, bin ich schon 1981 in die FDP eingetreten.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Meine Lieblingsbücher wechseln häufig, weil es so viele gute Bücher gibt. Zurzeit ist ‚Corpus Delicti‘ von Juli Zeh mein Lieblingsbuch,

weil es schon vor der Pandemie geschrieben wurde und aufzeigt, wie verletzlich unsere Freiheiten sind, auch wenn die Eingriffe gut gemeint sein mögen.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Viele Menschen, weil es so viele interessante Menschen gibt: Es beginnt bei Barack Obama und geht bis zur Journalistin Harriet von Waldenfels.“

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Ein gutes Buch, eine Flasche Wein und ein Messer.“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Ignoranz.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Wir brauchen vor allem mehr Dynamik für Veränderungen und die schnellere Umsetzung von notwendigen Entscheidungen. Unser Wohlstand ist nicht vom Himmel gefallen, sondern muss genauso erarbeitet werden wie der Klimaschutz und die Verteidigung unserer Demokratie und unserer Freiheiten.“



Bei der Museumsnacht Ende August führte der Journalist Carsten Kock (R.SH, re.) Interviews mit ehemaligen Parlamentariern unter dem Motto „Jenseits der Diäten“. Ex-Landtagspräsident Martin Kayenburg (Mitte) und die ehemalige FDP-Abgeordnete Ingrid Brand-Hückstädt (li.) gaben Auskunft zu ihrem Leben nach dem Ausschneiden aus dem Landesparlament.



Auch die langjährige SSW-Abgeordnete und Landesministerin Anke Spoorendonk (li.) und der ehemalige SPD-Abgeordnete Kai Vogel (Mitte) stellten während der Museumsnacht gegenüber dem R.SH-Journalisten Carsten Kock (re.) ihr Leben nach der Berufspolitik vor.

Zu Besuch im Landtag



Gemeinsam mit den Familienbetreuungszentren der Bundeswehr in Kiel und Husum hat der Landtag Ende September erneut Angehörige von Soldaten im Auslandseinsatz ins Landeshaus geladen. Nach einem Mittagessen stellte Landtagspräsidentin Kristina Herbst (am Rednerpult) den Plenarsaal vor, die Kinder der Soldaten gingen im Landeshaus auf Schnitzeljagd.



Eine überdimensionale Bürolandschaft bildet die Kulisse der Ausstellung „Die Rosenberg“, die noch bis zum 9. November im Landeshaus zu sehen ist. Thema ist das Bundesjustizministerium und seine NS-Vergangenheit. In der Bonner „Rosenburg“ saß das Ministerium von 1950 bis 1973.



Moderatorin Kristin Recke (li.) und Tanja Scholz vom PSV Neumünster (re.), sechsmalige Weltmeisterin im Para-Schwimmen und Schleswig-Holsteins Spotlerin des Jahres 2022, diskutierten Mitte Oktober über die Frage „Was können Sport und Politik voneinander lernen?“ Landtagspräsidentin Kristina Herbst hatte zur Podiumsdiskussion „Politik trifft Sport“ in den Schelswig-Holstein-Saal geladen.

Termine, Termine, Termine ...

Filmabend am 9. November

Anlässlich des 85. Jahrestags der Novemberpogrome lädt der Landtag am Donnerstag, den 9. November, um 18 Uhr zur Vorführung des vielfach ausgezeichneten Films „Masel Tov Cocktail“ in den Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses. Im Anschluss folgt ein Gespräch mit dem Regisseur Arkadij Khaet sowie Angehörigen jüdischer Gemeinden in Schleswig-Holstein.

Der 2021 erschienene Film beschreibt das Leben des 16-jährigen Dimi, der als russischstämmiger Jude im Ruhrgebiet lebt. Auf unterhaltsame und selbstironische Weise behandelt „Masel Tov Cocktail“ vielfältige Aspekte rund um das Jüdischsein in Deutschland.

Er schlägt eine Brücke von historischen Fakten zur subjektiven Erfahrungswelt eines jungen Menschen, der ebenso wenig die Geschichte miterlebt hat wie andere aus seiner Generation, diese aber ständig vor Augen gehalten bekommt.

Da die Plätze begrenzt sind, ist eine Anmeldung bis zum 3. November erforderlich:

anmeldung@landtag.ltsh.de

Der Eintritt ist frei. Für den Zutritt zum Landeshaus benötigen Sie ein amtliches Ausweisdokument.



Ausstellung zeigt „Robotische Baukultur“

Im Rahmen der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“ präsentieren der Landtag und die Investitionsbank IB.SH eine Ausstellung der Fachgruppe coDE der Technischen Hochschule Lübeck. Die Fachgruppe nutzt computerbasierte Methoden in Design und Ingenieurwesen und zeigt zukunftsweisende Arbeiten: zwei komplett digital erarbeitete „Forschungspavillons“ sowie Entwurfspläne, 3D-Modelle und eine Auswahl an herausragenden Semesterarbeiten.

Die Ausstellung kann vom 22. November bis zum 14. Januar täglich von 10 bis 18 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist frei, lediglich ein Personalausweis oder Reisepass ist erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.

Sprechtag der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Herbst Außensprechtag, um Interessierte vor Ort zu beraten. Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 2. November: Lübeck

Dienstag, 21. November: Heide

Donnerstag, 7. Dezember: Lübeck

Dienstag, 19. Dezember: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.

Telefon: 0431/988-1240.

Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“